

# stachlige ARGUMENTE



Nr 178 / Juni 2010  
Zeitschrift des  
Landesverbandes Berlin



## THEMA VIELFALT

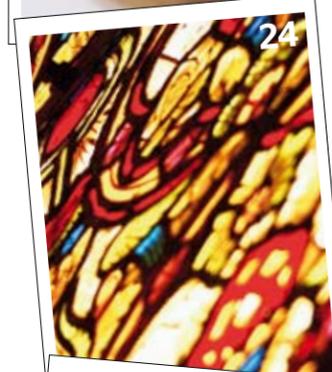
**PARTEILEBEN**  
Grüne in Pankow

**MENSCHEN UND ZEITEN**  
Das Symptom Hertha

**DEBATTE**  
Der Fall Griechenland

**Titelthema**

- 4** TTT - Talente, Technologie, Tolerant  
*Gespräch mit Britta Marschke und Tine Hauser-Jabs*
- 7** Praxistest für eine Politik der Vielfalt  
*von Bettina Jarasch*
- 10** Alt und glücklich in Berlin  
*von Jasenka Villbrandt*
- 12** Normal ist anders?!  
*von Sarah Radtke*
- 16** Noch fehlt es an Akzeptanz  
*von Thomas Birk*
- Parteileben**
- 18** Das Pankower Bündnis - Grün pur zeigt Gesicht  
*von Oliver Münchhoff*
- 22** Gute Fahrt mit Thementischen  
*von André Stephan*
- 23** Wahlen in NRW  
*von Christine Dörner*
- 24** Grüne Christen - eine verfolgte Minderheit?  
*von Ronald Wenke*
- 26** Das Ende einer Zählgemeinschaft  
*von Jochen Biedermann*
- 27** City-Tax  
*von Nicole Ludwig*
- 28** Neues aus Europa  
Neues aus dem Abgeordnetenhaus
- 29** Neues aus der Kommandantur  
Neues aus der Dirschauer



**Debatte**

- 30** Der Fall Griechenland  
*von Gerhard Schick*
- 32** Das Sorgerecht von nicht verheirateten Vätern muss neu geregelt werden  
*von Ingrid Hönlinger*
- 34** Irgendwann muss ja auch mal Schluss sein  
*von Julia Rothenburg und Stefan Ziller*
- Es war einmal der Sonntag**  
*von Arne Haeger*
- 37** Lebenslang Hartz IV als Strafe?  
*von Oliver Münchhoff*

**Menschen und Zeiten**

- 38** Mehr Aufklärung tut Not  
*von Jürgen Roth*
- 40** Hegel IV  
*von Barbara Fischer*
- 42** Das Symptom Hertha  
*von Horst-Uwe Dörfel*
- 44** Gebt das Öko-Hanf frei!  
*von Arne Haeger*
- 46** Kopf des Quartals - Benedek Javör  
*von Jochen Aulbach*
- 48** Bewegung in Berlin  
*von Meike Berg und Achim Feistenauer*
- 50** Kolumne Grüner Leben  
*von Holger Michel*
- 51** Termine/Impressum

# vielfalt

angestachelt!

Sei einzigartig, sei vielfältig, sei Berlin! So lautet der Siegerspruch der aktuellen Berliner Imagekampagne. Berlin ist ohne Zweifel die Stadt der Gegensätze und der vielfältigsten Lebensentwürfe. Damit gehen Schwierigkeiten einher, aber unterm Strich bleibt doch: Vielfalt bereichert uns - und das durchaus im Wortsinn. Britta Marschke und Tine Hauser-Jabs zeigen in ihrem grünen Kolleginnengespräch, wie Wirtschaft, Kultur und unser ganzes Land von Vielfalt profitieren. Und auch unseren anderen AutorInnen ist eines gemein: Sie alle streiten für die Achtung und Anerkennung von Minderheiten.

Keine Minderheit mehr sind die Bündnisgrünen in Pankow. Oliver Münchhoff hat für die Stachligen Argumente den quirlichsten Kreisverband unserer Partei besucht und findet einen höchst selbstbewussten Haufen vor. In einem Bezirk, in dem die Gegensätze aufeinander prallen zwischen „Einheimischen und Zugezogenen“, „Ossis und Schwaben“, erheben die Bündnisgrünen den Anspruch, stärkste Kraft zu werden.

Auch diese Ausgabe der Stachligen Argumente schaut über den Tellerrand hinaus. Die Krise des Euros beschäftigt uns - Gerhard Schick weist Wege aus dem Dilemma. Ein Bericht vom Attac-Kongress zeigt, dass die Erfinder der Tobintax keineswegs zufrieden sind, vom Lauf der Zeit recht bekommen zu haben. Das Urteil im Bankentribunal: Lebenslang Hartz IV.

Die Debatte ist eröffnet!

*Christine Dörner, Katrin Langenbein und Ronald Wenke  
Redaktion Stachlige Argumente*

Titelbild © butterfly08 / photocase



So unterschiedlich wie ihre Träger

© an.maria / photocase

## TTT - Talente, Technologie, Toleranz

Was hat Diversity mit Ressourcen für dieses Land zu tun und können wir diesen Schatz für unser Land, unsere Wirtschaft, unsere Kultur heben? Ein Gespräch zwischen den grünen Kolleginnen Britta Marschke und Tine Hauser-Jabs

*„In Wirklichkeit aber ist kein ICH, auch nicht das Naivste, eine Einheit, sondern eine höchst vielfältige Welt, ein kleiner Sternenhimmel, ein Chaos von Tönen, Stufen und Zuständen, von Erbschaften und Möglichkeiten“  
(Hermann Hesse, Der Steppenwolf)*

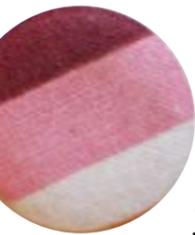
**Tine:** Am 1. Mai durften wir wieder einmal erleben, was Diversity mit TTT zu tun hat. Von dieser internationalen Formel - Talente, Technologien und Toleranz -, die Diversity beschreibt, wusste niemand an der Imbissbude, bei der wir uns auf eine Tasse Kaffee niedergelassen hatten. Hier herrschte außergrünliche Normalität. Das eben Gehörte war auch nicht rechts war nicht rassistisch gemeint, sondern ganz normal gewesen: „Was für ein Landsmann bis du denn?“, hatte ein interessierter Berliner meinen Patensohn Fei gefragt. Mit ihm, meiner Freundin Gülci und weiteren Freunden war ich unterwegs. Wir waren unterwegs des Tages der Arbeit wegen und auch, weil die Nazis wieder einmal durch unsere Stadt marschieren wollten, und wir wollten sehen, ob all unsere Freunde wieder im sicheren Hafen sind und was sonst noch los ist.

„Ich bin deutscher Staatsangehöriger“, hatte Fei stolz geantwortet, denn seit kurzem ist er achtzehn Jahre alt geworden und darf nun wählen. Seine Haltung war nicht immer so gewesen. Lange Zeit haderte er damit, zwischen zwei kulturellen Welten zu schweben, nicht zu wissen, zu welcher er sich zählen soll, unsicher, ob er sich überhaupt entscheiden soll, am zweifeln darüber, ob ihm eine Entscheidung für das Land, in dem er geboren wurde jemals einen gleichberechtigten Status einbringen wird. Viele Gespräche hatte es zu diesem Thema zwischen uns gegeben und letztendlich war es sein Herz gewesen, das Ja gesagt hatte.

„Ja, ich bin deutscher Staatsangehöriger, ich bin hier geboren, hier aufgewachsen. Hier ist meine Heimat und die Heimat meiner Eltern kenne ich gar nicht. Das hier sind mein Land, meine Verfassung, mein Garant für Bürgerrechte.“ Fei's Heimatsprache ist Deutsch, er spricht zudem Vietnamesisch, Französisch und Englisch und übt sich in diesen Sprachen. Zudem versteht er in kleinem Umfang auch Türkisch und Arabisch. Denn auch die Straße bildet. Er ist eine Talentkiste, ein Schatz, den er auch heben will. Psychologe zu werden, das ist die momentane Option für die Zukunft. Auch Kriminalbeamter ist für ihn vorstellbar. Oder beides! Geht das? „Klar, geht das“, habe ich ihn immer beruhigt. „Alles wird gut. Du hast es in der Hand.“

Er ist Deutscher, sieht aber nur ein wenig anders aus, argumentierten wir aus unserer Gruppe heraus. Deutschland ist eben bunter geworden. Heute heißen die Fußballspieler der Nationalmannschaft nicht mehr Fritz und Franz.

**Britta:** Das ist auch die Realität, die es zu akzeptieren gilt. Diversity ist zum modernen Zauberwort gesellschaftlichen Miteinanders geworden. Multikulti und interkulturell sind out - Diversity ist angesagt. Diversity erkennt Vielfalt wertschätzend als Reichtum für die Gesellschaft an und würdigt die Möglichkeiten, die Potentiale einer bunten Gesellschaft. Heterogenität soll nicht aufgelöst werden, sie ist Leitbild und soll aktiv gefördert bzw. ausgebaut werden. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft werden nicht mehr nur toleriert, sondern explizit wertgeschätzt und gefördert. Bewusste Anerkennung, Achtung und Akzeptanz sollen im täglichen Miteinander gelebt werden. In der Berücksichtigung von Vielfalt wird der Schlüssel zu Erfolg und Gerechtigkeit gesehen. Und Diversity kann gelingen, wenn die Vielfalt



der Individuen sowie ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen als gesellschaftliche Realität akzeptiert und die Vorstellung einer Einheitskultur verworfen werden. Das ist bisher nur nicht bei allen MitbürgerInnen angekommen.

**Tine:** „Aber Du“, hatte der Fremde zu meiner Freundin Gülcü gesagt, „Du bist Türkin!“ Sie hatte gelacht. „Nein, ich bin deutsche Staatsangehörige.“ Sie studiert Wirtschaft, ist Grüne, politisch sehr interessiert und spricht ihre Heimatsprache Deutsch selbstverständlich auch perfekt, und zudem noch Türkisch, Kurdisch und Englisch. In Letztere steckt sie gerade viel Energie, denn auch ihr Englisch soll eines Tages perfekt sein. Sie ist auch eine lebende Talentkiste, ein Schatz, und schon dabei ihn zu heben.

Diversity/Vielfalt wird in zwei Varianten diskutiert. Zum einen Vielfalt als Unterschiede, (Loden/Rosener 1991) zum anderen Vielfalt der Unterschiede und Gemeinsamkeiten (Thomas 1996/2001). Beim Kaffeetrinken im wirklichen Leben erweist es sich, dass vieles für die Variante Unterschiede und Gemeinsamkeiten spricht. So unterschiedlich die Herkunftskultur der beiden ist, eines eint sie: die Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit. Die jedoch hatten wir am Tisch sowieso alle gemeinsam. Aber zudem haben sie noch eine andere Gemeinsamkeit, die sich entscheidend auswirkt: sie bauen auf die vielbeschworene Toleranz. („Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: Sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.“, Johann Wolfgang von Goethe) Und allein das ist für dieses Land doch ein Reichtum, den es ganz leicht annehmen könnte.

**Britta:** Was ist eigentlich ein Deutscher - und woran erkenne ich das? Das ist keine leichte Frage. Die Definition des Migrationshintergrunds, wie sie vom Statistischen Bundesamt für die Auswertung des Mikrozensus entwickelt wurde, lautet: Ausländerinnen und Ausländer, im Ausland Geborene und nach dem 1. Januar 1950 Zugewanderte, Eingebürgerte sowie Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil in eine der genannten Kategorien fällt. Danach haben Kinder der dritten Generation von

bereits in Deutschland geborenen Eltern, die durch Einbürgerung Deutsche wurden, einen Migrationshintergrund. Immer wieder wird von Politik und Wissenschaft eine Differenzierung der Einwohner nach dem Migrationshintergrund als zentrale Voraussetzung für ein systematisches Monitoring und die Bewertung von Integrationsprozessen gefordert. Aber führt es wirklich zu einer Verbesserung der Teilhabe? Wann hören wir auf die Menschen in Schubladen zu sortieren? Momentan stoßen wir noch an die Grenzen unserer Entscheidung: handelt es sich um

***Nicht-Deutsche (Arbeitsmarktstatistik) AusländerInnen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), MigrantInnen, Menschen mit Migrationshintergrund (Statistisches Landesamt) oder um NDHler (Menschen mit nicht deutscher Herkunftssprache)?***

Geht es nicht eher um die soziale Lage der Menschen? Diversity kann und muss gelingen, wenn allen Menschen die Teilhabe am Gestaltungsprozess sowie am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird, indem sie auf allen Ebenen repräsentiert werden.

**Tine:** Britta nun haben wir „nur“ über den Aspekt der anderen Herkunft gesprochen, nicht über all die anderen Aspekte von Diversity wie unterschiedliche sexuelle Identitäten, unterschiedliche Religionen bzw. philosophische Ausrichtungen und Kulturen. Auch nicht darüber, wie wir Verfassungstreue, Toleranz und Freiheit als Reichtum bergen wollen, aber Intoleranz, Unfreiheitsgebaren und Rechtsbrüchigkeit abwehren wollen. Wie also weiter?

**Britta:** Darüber muss immerzu gedacht und gesprochen werden.

**Tine:** Nächstes Mal geht es also um Sexualität, Verfassungstreue, den rechten Glauben oder Unglauben?

**Britta:** Na gerne!



## Praxistest für eine Politik der Vielfalt

### Kongress "Berlin mitgestalten!"

Um politische Partizipation geht es in der deutschen Integrationspolitik zuletzt. Zwar wird die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund offiziell gewünscht, aber meistens auf das ehrenamtliche Engagement in Vereinen, Schule und Nachbarschaft verengt. Politische Partizipation meint aber mehr: es geht dabei um die ernsthafte Mitwirkung an der politischen Willensbildung und an demokratischen Prozessen. Staat und Gesellschaft können diese politische Teilhabe fördern, indem sie endlich volle Beteiligungsrechte gewähren und sich aktiv um die Mobilisierung und Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in politischen Institutionen bemühen. Ein Schritt dazu war der Kongress des Landesverbandes „Berlin mitgestalten!“ am 26/27. März im Ballhaus Rixdorf.

Bündnis 90/Die Grünen wollen die Stadt gemeinsam mit allen Menschen, die in ihr leben, gestalten. Menschen mit Migrationshintergrund sind aber ebenso wie Menschen mit einer anderen Hautfarbe in politischen Parteien - inklusive Bündnis 90/Die Grünen - nach wie vor nicht ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend ver-

treten. Deshalb wollten wir bei dem Kongress von den TeilnehmerInnen erfahren, wofür sie sich politisch engagieren wollen und was sie davon abhält, das in einer Partei zu tun. Insgesamt 200 Menschen kamen und diskutierten intensiv in Foren zu zehn Politikfeldern - es waren Grüne und Nicht-Grüne, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Die Ergebnisse sprechen eine deutliche Sprache: Viele Menschen engagieren sich bereits in diversen Zusammenhängen, in Selbstorganisationen und in ihren eigenen Gemeinschaften. Sie sind auch bereit, Verantwortung für die Zukunft dieser Stadt zu übernehmen und unser Zusammenleben mitzugestalten, aber sie wollen das auf Augenhöhe tun. Sie haben genug von Integrationsdebatten, in denen die Menschen mit Migrationshintergrund pauschal als Gruppe mit Defiziten betrachtet werden, die für die Mehrheitsgesellschaft „passend gemacht“ werden soll. Das belegt auch der plakative Titel „Integration - Nein Danke“, unter dem sich vor Kurzem diverse Selbstorganisationen von MigrantInnen zusammengetan haben, um einen Perspektivwechsel einzufordern.

Die Distanz zur Parteipolitik hat viele Gründe. Menschen ohne deutschen Pass sehen häufig keinen Sinn darin, sich parteipolitisch zu engagieren, solange sie weder aktives noch passives Wahlrecht haben. Andere wollen sich nicht als Aushängeschild instrumentalisieren lassen. Vor allem aber sind PolitikerInnen und Parteien hierzulande Menschen mit Migrationshintergrund allzu lange entweder ausgrenzend oder aber paternalistisch und vereinnahmend begegnet. Beide Haltungen verhindern politisches Engagement, auf das die Gesellschaft zunehmend angewiesen ist - insbesondere in einer Stadt wie Berlin.

Es ist Zeit für eine Politik der Vielfalt. Die reale Vielfalt der Menschen in dieser Stadt ist eine Chance und Herausforderung zum Handeln: Eine Chance, weil Vielfalt neue Impulse und Ideen bringt, denn Monokulturen sind auf Dauer schädlich, in der Landwirtschaft ebenso wie in der Politik. Eine Handlungsaufforderung, weil es jetzt darum geht, die Ermöglichungsbedingungen für



© Hanna Prenzel

eine Politik der Vielfalt zu schaffen und Hindernisse zu beseitigen, nach außen wie nach innen. Eine Herausforderung, weil Vielfalt auch anstrengend sein kann.

Bündnis 90/Die Grünen sind für einen solchen Perspektivwechsel gut aufgestellt. Der Landesverband hat Integrationspolitik schon lange auf Partizipation und die Ermöglichung von Vielfalt ausgerichtet. Im Abgeordnetenhaus gibt es seit 2008 eine AG Diversity und mit unserer Bürgerrechts- und Antidiskriminierungspolitik haben wir wichtige Instrumente zur Bekämpfung der Hindernisse bei der Teilhabe in der Hand. Wenn wir uns aber tatsächlich auch als Partei noch stärker öffnen und von der Vielfalt der Menschen in dieser Stadt profitieren wollen, dann müssen wir unsere eigene politische Kultur in den Blick nehmen und weiter entwickeln. Diversity erfordert vor allem die Bereitschaft, die eigenen Strukturen und lieb

**Das größte Hindernis für gleichberechtigte Teilhabe ist die wachsende soziale Spaltung der Gesellschaft.**

gewordenen Gewohnheiten zu verändern.

Viele Menschen halten sich von Parteiveranstaltungen fern, weil sie befürchten, dass es dabei nur um Stimmenfang geht und ihre Erfahrungen und Ideen keine Rolle spielen. Eine Politik der Vielfalt setzt Offenheit und Lernbereitschaft voraus. Deshalb haben wir bei dem Kongress auf lange Vorträge verzichtet und Raum geschaffen, um zuzuhören und gemeinsam neue Impulse zu entwickeln. Das war ein wichtiges Signal und es ist auch so wahrgenommen worden: ein erfolgreicher Praxistest für eine Politik der Vielfalt. Solche Signale können auch auf Bezirksebene gesetzt werden. Dabei geht es keineswegs ausschließlich um eine stärkere Öffnung für Menschen mit Migrationshintergrund. Diversity ist ein Konzept, das generell den produktiven Umgang mit Heterogenität ermöglicht. Nicht umsonst beschäftigen sich unter anderem die grünen Frauenpolitikerinnen und Queergrün mit diesem neuen Politikansatz.



© Hanna Prenzel



© Hanna Prenzel

Turgut Altug im Gespräch

**Turgut Altug: Ein Porträt**

Migrationspolitik ist nicht sein Thema. Turgut Altug hat die Türkei nach seinem Studium verlassen. Dort war er Umweltaktivist und Pazifist. Diesen Themen ist er treu geblieben. In Deutschland hat er türkischsprachige Migranten beraten, die in ihrer alten Heimat den Wehrdienst verweigern wollten. Später hat er das türkisch-deutsche Umweltzentrum Berlin gegründet. Die vierte Ausgabe seiner MigrantInnenUmweltzeitschrift MUZ ist soeben erschienen. Für sein Engagement wurde er 2009 für den taz-Panther-Preis nominiert.

Als sein Lehrer dem damals neunjährigen Bauernjungen ein Buch schenkte, war das für ihn die Entdeckung einer neuen Welt, die er seitdem erobern will. Mittlerweile ist Turgut promovierter Agrarwissenschaftler. Für seine Doktorarbeit hat er fast zwei Jahre mit Quechua-Indianern in Bolivien gelebt. Er vereint viele vermeintliche Gegensätze in sich und hat viele unterschiedliche Menschen schätzen gelernt. Das Leben sei zu vielfältig für Schwarz-Weiß-Denken, sagt er. Den MigrantInnenkongress „Berlin mitgestalten!“ hat er mitorganisiert, weil ihm die Idee gefallen hat, von der realen Vielfalt der Menschen auszugehen und sie fruchtbar zu machen.

Seit März 2010 ist er Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss Friedrichshain-Kreuzberg. Dort will er vor allem die ökologische und sozialgerechte Gesellschaft vorantreiben. Umwelt- und Klimapolitik sind für ihn eine Frage der sozialen Gerechtigkeit: weil es vor allem die ökonomisch Schwachen sind, die unter Umweltbelastungen wie Lärm, Feinstaub und geringem Zugang zu Grünflächen am meisten leiden.

Das größte Hindernis für gleichberechtigte Teilhabe ist die wachsende soziale Spaltung der Gesellschaft. Eine Politik der Vielfalt ersetzt nicht grüne Sozial-, Bildungs-, Gesellschafts- oder Umweltpolitik. Sie schärft aber den Blick für Exklusion und Diskriminierung. So wollen wir den tatsächlichen Förderbedarf an Schulen künftig an einer Sprachstandserhebung festmachen und nicht am Anteil der Kinder mit nicht deutscher Herkunftssprache. Denn nicht all diese Kinder benötigen Förderung. Umgekehrt gibt es auch deutsche Kinder mit Förderbedarf. Das Kriterium der nicht deutschen Herkunftssprache soll aus den Schulprofilen gestrichen werden. Es diskriminiert und verzerrt die Einschätzung der Qualität einer Schule.

Bei unserer Landesdelegiertenkonferenz am 5. Juni werden wir über dieses und weitere Ergebnisse des Kongresses diskutieren: Eine Stadt für alle ist eine Stadt, in der Neu- und AltberlinerInnen gemeinsam Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Dafür kann eine Politik der Vielfalt die Voraussetzungen schaffen.

*Bettina Jarasch,  
Mitglied im Landesvorstand*

Vgl. auch Nationaler Integrationsplan der Bundesregierung. Neue Wege - neue Chancen, Berlin 2007 (NIP). Im NIP ist viel von der Förderung freiwilligen ehrenamtlichen Engagements die Rede. Von der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Partizipation ist kaum etwas zu lesen - bis auf die unverbindliche Empfehlung, die Einführung des kommunalen Wahlrechts zu prüfen. Vgl. dazu Cyrus, Norbert: Politische Integration von Einwanderinnen und Einwanderern, [http://www.migration-boell.de/web/integration/47\\_1778.asp](http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1778.asp)  
Vgl. dazu Bündnis 90/DIE GRÜNEN Berlin: Chancen für Vielfalt, Teilhabe und Integration in Berlin. Beschluss der LDK vom 19. November 2005.

## Alt und glücklich in Berlin

Für diese schöne Vision müssen wir uns engagieren.

Der demographische Wandel wird unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren stark verändern: Die Zahl älterer Menschen wird weiter wachsen, ihr Anteil im Verhältnis zur Gesamtgesellschaft wird stetig steigen. Gleiches gilt für die Zahl der Hochaltrigen (80 Jahre und mehr). Ältere Menschen werden zukünftig sichtbarer werden und das wird unsere Anforderungen an die Politik und unser soziales Empfinden verändern.

Ob diese Entwicklung positive Auswirkungen auf das Miteinander aller Generationen haben oder eher zu Problemen führen werden, hängt von der Bereitschaft ab, sich dieser Entwicklung auch zu stellen.

Es ist nicht so einfach den richtigen Ton im Umgang mit dem Thema der alternden Gesellschaft zu finden. Drastische Szenarien, in denen das Aussterben der Deutschen prophezeit wird, wechseln sich ab mit einer Schönmalerei, in der gerade im Altern große Chancen gesehen werden. Mir scheint es nicht richtig, dieses Thema zu emotional zu betrachten. Angstmacherei ist kein guter Ratgeber - genauso wenig wie Idealisierung, die zum Nichtstun verleitet. Ratsam ist es, den demographischen Wandel einfach als Realität zu akzeptieren, Problembereiche zu benennen und politische Aufgaben und Antworten zu entwickeln.

Wir stehen nämlich schon jetzt vor einer Herausforderung: durch das Altern der Bevölkerung müssen sich die kommunalen Aufgaben verändern, weil auch die Infrastrukturen weiterentwickelt werden müssen. Zugleich rollt uns eine Welle von Kürzungen und Einsparungen entgegen, die immer mehr Dienstleistungen infrage stellt. Wir wissen nicht, ob wir uns in zehn bis zwanzig Jahren noch eine umfassende Pflege und eine gute gesundheitliche Versorgung für alle leisten können.

Die meisten Menschen wünschen sich, auch im hohen Alter und bei eventueller Pflegebedürftigkeit in ihrer eigenen Wohnung selbstständig zu wohnen. Isolierte Seniorensiedlungsanlagen am Rande der Stadt sind für die meisten Menschen keine Option. Genauso wenig aber auch die Vereinsamung und Vernachlässigung in den eigenen vier Wänden.

Deshalb reicht das Bekenntnis zum selbstbestimmten Wohnen nicht aus, sondern es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die das gute Leben zu Hause für die Hochbetagten und hilfebedürftigen Menschen möglich machen.

Auch das Gemeinsame wird nicht ohne Unterstützung gelingen. Wenn wir gemischte Quartiere wollen, in denen Jung und Alt, MigrantInnen und Schwule, RentnerInnen, Berufstätige und Menschen mit Behinderungen neben- und miteinander wohnen, dann müssen wir in soziale Netzwerke, adäquate Wohnungen und geeignete kultursensible Infrastrukturen investieren.

### **Das betrifft alle Bereiche, besonders jedoch das Gesundheitswesen, die Stadtentwicklung und den Sozialbereich.**

Viele BürgerInnen unserer Stadt werden bereits im mittleren Alter dauerarbeitslos und parallel dazu werden viele notwendige Tätigkeiten weder öffentlich noch über einen freien Angebotsmarkt finanzierbar. Die Zeit ist längst reif für innovative öffentliche Beschäftigungsmodelle, die die Nöte der Erwerbslosen mit den notwendigen Aufgaben für unsere sich wandelnde Gesellschaft verbinden.

Ohne kreative Eigeninitiativen werden wir die Zukunft nicht meistern können, gerade in einer Stadt wie Berlin, wo verschiedenste gesellschaftliche Gruppen häufig ohne Berührungen nebeneinander leben und es immer mehr Singlehaushalte gibt. Daher ist es eine unserer dringendsten Aufgaben, bürgerschaftliches Engagement und damit auch Kommunikation untereinander auszubauen.

Das ist keine einfache und keine billige Aufgabe. In den letzten Jahren sind immer mehr Dienste professionalisiert worden, die früher Nachbarn und Familie erledigt haben. Dazu gehört die Hilfe beim Einkaufen, beim Hausputz, beim Schneeräumen. Viele kennen es gar



© elfefee / photocase

Jetzt Anpacken für ein aktives Leben im Alter.

nicht mehr, dass man sich bei diesen alltäglichen Aufgaben unterstützt. Das hat viele Ältere vereinsamen lassen - und die Kosten für ihre Versorgung in die Höhe getrieben. Das muss anders werden. Nicht nur deshalb, weil wir das nicht mehr finanzieren können, sondern weil Selbstverantwortung und Engagement die Menschen und die Gesellschaft gesund halten können.

Ein aktiver Neunundsiebzigjähriger sagte mir vor kurzem: „Eigentlich wollte ich mit achtzig mit meinen zahlreichen Aktivitäten definitiv aufhören. Ich tue es aber doch nicht, denn nur so aktiv werde ich die Chance haben, fit auch die Neunzig zu erreichen.“

Er könnte Recht haben. Ältere Menschen wie er können noch viel für die Gesellschaft leisten, sie werden gebraucht und sie sollten dafür Anerkennung bekommen.

Wir wollen einen Maßnahmenplan zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements sowie Ideen zu einem aktiven und bewussten Leben im Alter entwickeln. Diese werden wir mit Partei und Öffentlichkeit diskutieren und dann hoffentlich ab Herbst 2011 umsetzen.

*Jasenka Villbrandt, MDA,  
Sprecherin für SeniorInnen*



© rokit.de / photocase

*Alles andere ist doch langweilig!*

## **Normal ist anders!?**

### **Intersexualität und Trans\* beim Berliner CSD 2010**

Der diesjährige CSD steht unter dem Thema „Normalität/Normativität“ und trägt das Motto „Normal ist anders“. Damit bietet es Anknüpfungspunkte in viele Richtungen. Das Motto „Zwei Geschlechter? Wir haben mehr zu bieten!“, das ebenfalls im Rennen war, in der Abstimmung aber knapp gescheitert ist, hätte ein deutlicheres Zeichen dafür gesetzt, dass auch Intersexuelle und Trans\* Teil der queeren Community sind und ihren Bedürfnisse wahrgenommen werden.

*In der bunten Berliner Szene tummeln sich Drag Queens, Bühnen-Transen, Cross-Dresser innen, lässig-maskuline Lesben und extravagant-feminine Schwule.*

Diese Menschen hinterfragen gängige Rollenbilder, rütteln an Geschlechtergrenzen und stellen dem klassisch zweigeteilten Mann-Frau-System ein Bein.

Allerdings ist ihr Auftreten für manche weit mehr als nur ein Spiel oder eine Bühnennummer, sondern das nicht immer einfache Alltagsgeschäft. Menschen, die sich auf dem Weg von einem Geschlecht zum anderen befinden oder entschieden haben, dass ein Zustand in einem wie auch immer gearteten Dazwischen ihrer Wahrnehmung von sich selbst am ehesten entspricht, stehen in einem ständigen Konflikt mit Zweigeschlechtlichkeit, der sich nicht an- und abschminken lässt.

Gleiches gilt für Intersexuelle, deren Körper - nicht immer nach Außen hin sichtbar - qua Geburt nicht in das gängige Raster von Mann und Frau passen. Häufig im Kindesalter an ihren Genitalien zwangsoperiert, oft nicht umfassend aufgeklärt oder gar gezielt falsch informiert (so werden aus gesunden, im Bauchraum liegenden Hoden schon mal von Krebs befallene Eierstöcke, die operativ entfernt werden müssen) und durch solche Erfahrungen oft massiv traumatisiert, ist es für diese Menschen schwer, selbstbewusst auf ihre Situation aufmerksam zu machen, das Geschehene anzuprangern und Veränderungen einzufordern.

Die Menschen brauchen die Möglichkeit, ihre eigene Geschlechtlichkeit in all der vorhandenen Vielfalt leben zu können. Doch davon sind wir noch weit entfernt. Was ist zu tun?

### **Aufklärung und Information**

Für die Schwulen- und Lesbenbewegung war das Bewusstsein, dass die Vorliebe für das eigene Geschlecht nicht krankhaft sondern ganz normal ist, sehr wichtig. Je selbstverständlicher und akzeptierter Homosexualität ist, desto leichter fällt es Menschen, ihre Vorlieben als positiv zu erleben. Gleiches gilt für die Möglichkeit des Geschlechterwechsels bei „klassischer“ Transsexualität. Für Hermaphroditen (Herms) und Trans\*, die weder das eine noch das andere sind oder sein wollen, gilt das noch nicht. Jenseits der Subkultur ist die geschlechtliche Kategorisierung rigide. Menschen, die ihr geschlechtliches Anders-Sein gerade entdecken oder immer schon gespürt haben, müssen wissen, dass ihre Körper und Identitäten auch dann gut und richtig sind, wenn sie nicht dem gängigen Schema entsprechen. Das Wissen, dass Geschlechtlichkeiten zwischen und jenseits von Mann und Frau lebendige Realitäten sind, ist eine wesentliche Voraussetzung, um sich nicht mehr zu verstecken und zu verstellen. Deswegen ist breite Aufklärung wichtig: im Kindergarten, wenn ein zwischengeschlechtliches Kind Teil der Gruppe ist, im Biologie- und Sozialkundeunterricht sowie in der Ausbildung zu medizinischen, pflegerischen und sozialen Berufen. Beratungsstellen sind gefordert, sich dem Thema zu öffnen, auf die Organisationen von Intersexuellen und Trans\* zuzugehen und sich weiterzubilden.

### **Akzeptanz und Anerkennung**

Die geschlechtliche Selbst-Definition eines Menschen steht an erster Stelle und muss von seinem Umfeld anerkannt werden. Das gilt in alle Richtungen. Manche Intersexuelle erleben und definieren sich - mal mehr und mal weniger eindeutig - als Frau bzw. als Mann.

Vielleicht, weil sie in der jeweiligen Rolle aufgewachsen sind und für sich das Gefühl haben, dass das passt. Für andere hat es nie gepasst und sie verstehen sich als Zwitter - auch wenn sie vielleicht rein äußerlich dem gängigen Bild von Weiblichkeit bzw. Männlichkeit entsprechen. Manche Trans-Frau mag auf den ersten Blick (noch) recht maskulin wirken. Wenn sie sich als Frau definiert, ist es das, was gilt. Und entsprechend sollte sie auch in allen Frauen-Zusammenhängen willkommen sein. Genauso wie ein Trans-Mann bei den Bio-Männern, auch wenn er untenrum vielleicht noch nicht dem Körper-Ideal entspricht. Und auch ein Weder-Noch ist möglich. Von keinem Trans\* kann verlangt werden, sich als das eine oder das andere zu definieren, wenn beides nicht passt.

**Zwischengeschlechtlichkeit ist nichts, was man sich aussucht. Es lässt sich gut (und glücklich) damit leben, aber oft genug ist es eine Herausforderung, die viele, oft schmerzhaft Auseinandersetzungen mit sich selbst, der Gesellschaft und der Medizin mit sich bringt. Sich diesen Herausforderungen immer wieder zu stellen, verdient Achtung und Anerkennung.**

Trans\* und Herms setzen sich für ihre Belange ein, aber sie sind nicht auf der Suche nach Aufmerksamkeit für die eigene Person. Die oft geäußerte Annahme „Der die will ja auffallen. Deswegen ist es okay, hinzuschauen und nachzufragen.“ ist falsch. Ein zwischengeschlechtlicher Mensch in der U-Bahn oder auf einer Party ist etwas anderes als eine Drag-Queen auf der Bühne und will im Zweifelsfall einfach nur in Ruhe Zeitung lesen oder Smalltalk treiben. Wenn man sich besser kennt, werden Gespräche persönlicher. Das gilt für beide Seiten.

Auch Diskriminierungserfahrungen stellen sich anders dar. Diskriminierungen können nicht hierarchisiert werden. Wenn man in seinem Anders-Seins nicht anerkannt wird, ist das immer verletzend und daraus resultierende Negativ-Behandlungen sind nie akzeptabel. Trotzdem ist es etwas anderes, ob das Merkmal, das Diskriminierung nach sich zieht, prinzipiell versteckt

werden kann oder nicht. Ein Homo-Pärchen sollte nie abwägen müssen, ob ein öffentlicher Kuss gerade drin ist. Doch die Möglichkeit zur Entscheidung besteht. Ein Mensch, der nach außen hin sichtbar zwischen den Geschlechtern lebt, hat diese Wahl nie. Sensibilität für diese graduellen Unterschiede ist wichtig.

### Umdenken in der Medizin

Die Medizin und der Gesetzgeber beschneiden die geschlechtliche Vielfalt. Hier müssen Veränderungen an erster Stelle stehen. Sogenannte geschlechtsangleichende Operationen im Säuglings- und Kindesalter werden von allen Intersex-Organisationen scharf verurteilt. Intersexuelle Genitalien sind nicht krank, sie entsprechen lediglich nicht der Norm. Ob Veränderungen vorgenommen werden sollen, können Mediziner und Eltern nicht für das Kind entscheiden. Schluss damit! Operationen nur dann, wenn der zwischengeschlechtliche Mensch selbst entscheiden kann und auch dann nur nach einer umfassenden Information über die Risiken. Gleiches gilt für Kastrationen. Hier wird häufig mit einem angeblich erhöhten Krebsrisiko argumentiert und nicht ausführlich genug über die Nebenwirkungen und Nachteile einer nach der Kastration nötigen Hormonersatztherapie informiert.

**Intersexuelle sind einfühlsam, aber doch vollständig über sich und ihr körperliches Anders-Sein aufzuklären. Keine Verheimlichungen, Teil- und Fehlinformationen mehr.**

**Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar!**

Eltern intersexueller Kinder muss psychologische Unterstützung angeboten werden, damit sie Hilfe dabei bekommen, ihr Kind in seinem So-Sein annehmen und bestärken zu können. Intersexuelle und auch ihre Eltern brauchen vor der Einwilligung in Behandlungs-

maßnahmen Peer-Support durch Menschen, die in einer ähnlichen Situation leben. Sie sind die Expert\_innen für alle Fragen der Zwischengeschlechtlichkeit und des Lebens damit und können über die seelischen und körperlichen Langzeitfolgen von geschlechtsangleichenden Operationen und dauerhafter Hormonersatztherapie Auskunft geben.

Im Fall von Trans\* sind Zwangskastrationen als Voraussetzung für einen Wechsel des Personenstands eine Menschenrechtsverletzung. Behandlungen von einem gutachterlich nachgewiesenen „Leidensdruck“ abhängig zu machen, ist falsch. Das Recht auf medizinische und rechtliche Schritte der Geschlechtsanpassung darf nicht darauf gründen, dass sich Trans\* als psychisch gestört definieren lassen müssen. Schluss mit der Pathologisierung!

**Normalität ist Definitionssache und dementsprechend wandelbar. Der diesjährige CSD sollte für jede\_n von uns Anlass sein, die existierenden Vorstellungen von geschlechtlicher Normalität zu hinterfragen und mit offenen Augen durch die Community und durch die Welt zu gehen. Vielfalt braucht Schutz und Raum und das zu gewährleisten, ist unser aller Aufgabe.**

Sarah Radtke,  
Sprecherin der LAG Queergrün

## Mauerstreifzüge

**2010 finden wieder die »Mauerstreifzüge« mit Michael Cramer statt – eine Gelegenheit für Sie, auf dem Rad und in Gesellschaft Geschichte zu erleben.**

Die Berliner Abgeordnetenhausfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen lädt auch im Sommer 2010 zu den »Mauerstreifzügen« unter der Leitung von Michael Cramer ein, damit Sie Berlin auf neuen alten Wegen erkunden, Natur erleben und Geschichte(n) im wahrsten Sinn des Wortes erfahren können.

Die »Mauerstreifzüge« beginnen jeweils um 14 Uhr und finden bei jedem Wetter statt. Sie sind zwischen 20 und 30 Kilometer lang und werden nach Möglichkeit durch eine kleine Rast in einem Biergarten unterbrochen.

### 2010

Berliner Mauerweg

<b>29. Mai</b>	Potsdamer Platz (historische Ampel) bis S-Bahnhof Adlershof
<b>12. Juni</b>	S-Bahnhof Adlershof bis S-Bahnhof Lichterfelde Süd
<b>26. Juni</b>	S-Bahnhof Lichterfelde Süd bis Volkspark Potsdam
<b>10. Juli</b>	Volkspark Potsdam (Tram »Buga-Park«) bis Bahnhof Staaken
<b>24. Juli</b>	Bahnhof Staaken bis Bahnhof Hennigsdorf
<b>7. August</b>	Bahnhof Hennigsdorf bis S-Bahnhof Hermsdorf
<b>21. August</b>	S-Bahnhof Hermsdorf bis S-Bahnhof Wollankstraße
<b>4. September</b>	S-Bahnhof Wollankstraße bis Potsdamer Platz

Die Grünen | Europäische Freie Allianz  
im Europäischen Parlament  
[www.michael-cramer.eu](http://www.michael-cramer.eu)

## Noch fehlt es an Akzeptanz

Am Tag gegen Homophobie am 17. Mai startete die Berliner Initiative zur Akzeptanz sexueller Vielfalt. Das ist eigentlich ein Erfolg der Grünen. Denn es ist uns aus der Opposition heraus gelungen, einen Berliner Aktionsplan gegen Homophobie durchzusetzen. Das umfangreiche Maßnahmenpaket für mehr Aufklärung an Schulen und Fortbildung bei der Polizei sowie mehr Studien und Öffentlichkeitskampagnen wurde im Doppelhaushalt mit 2,1 Mio. Euro abgesichert. Doch warum braucht Berlin dieses Sonderprogramm? Sind nicht gerade wir das Zentrum des queeren Lebens?

Ja, und gerade deshalb brauchen wir es. Die Statistik weist die meisten Gewaltvorfälle für Schöneberg aus, genau den Bezirk, wo sich Lesben, Schwule und Transgender offen zeigen und damit angreifbar machen. Andere Stadtteile bleiben „no-kiss-areas“ für Lesben und Schwule. Das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen wurde seit seiner Einweihung bereits drei Mal geschändet.

**Die Berliner Statistik für politisch motivierte Kriminalität weist für den Zeitraum von 2007 bis 2009 eine Verdoppelung der homophoben Gewaltfälle aus. Eine große Dunkelziffer bleibt.**

Allerdings wehrt sich die Szene nun auch stärker. Immer mehr dieser homophoben Gewaltangriffe werden zur Anzeige gebracht. Tausende folgten Protestaufrufen nach homophoben und transphoben Übergriffen. Gegen homophobe Texte einiger HipHop- und Reggaeinterpreten machten Lesben- und Schwulenorganisationen und wir Bündnisgrünen mobil.

Wir kennen die landläufige Meinung: „Ihr habt doch die Homoehe, einen schwulen Außenminister, Anne Will und gleichgeschlechtliche Paare in Familienserien. Was wollt Ihr denn noch?!“ Die Erfolge verkennen wir auch nicht. Allerdings trifft der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) mit seinen Slogans „Keine halbe Sachen!“



Die kleinste Weinprobe der Welt beim Regenbogenempfang mit der Kreuzberger Weinkönigin Stefan Boltz.

und „Liebe verdient Respekt!“ immer noch den Nagel auf den Kopf. Zum einen wollen Lesben und Schwule die gleichen Rechte für die Eingetragene Lebenspartnerschaft oder, besser noch, die Öffnung der Ehe, und wir Grüne kämpfen für eine Weiterentwicklung des Familienrechts mit dem Familienvertrag. Zum anderen ist es auch mit der Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Transgender sowie trans- und intersexuellen Menschen nicht weit her.

So blockiert Schwarz-Gelb die Ergänzung des Artikels 3 GG um das Merkmal der sexuellen Identität. Die von uns Berliner Grünen angeschobene Bundesratsinitiative scheiterte im Bundesrat. Bei einer Anhörung im Bundestag am 21. April meinten einige Sachverständige die Ergänzung um sexuelle Identität sei MigrantInnen nicht zuzumuten und schütze auch Pädophilie und Sodomie.

Das zeigt doch, wie tief die Homophobie noch immer in der Gesellschaft sitzt. Und das wahre Leben sieht dann so aus: Die Hälfte der Lesben und Schwulen outet sich nicht am Arbeitsplatz. In den Schulen ist „schwule Sau“ das häufigste Schimpfwort. In ganzen Gesellschaftsbereichen brechen nur mühsam und meist unfreiwillig die Tabus um queere Lebensweisen auf: In Religionen, auf dem Sportplatz und in den Chefetagen. Selbst wenn die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen vollendet und das veraltete Transsexuellengesetz durch ein modernes Namensänderungsgesetz ersetzt sein werden, bleibt das Ringen um die Akzeptanz queerer Lebensweisen Aufgabe jeder neuen Generation. Solange es noch Staaten gibt, in denen Homosexualität geächtet und bestraft wird, dürfen wir diese Aufgabe auch nicht auf Berlin beschränken. Erst wenn sich niemand mehr über schwule Fußballer in deutschen Stadien und lesbische Außenministerinnen in Saudi-Arabien aufregt, ist das Ziel erreicht und der diesjährige CSD-Slogan „Normal ist anders“ angekommen. Doch dazu bedarf es noch so einiger Sonderprogramme...

Thomas Birk, MdB,  
lesben- und schwulenpolitischer Sprecher

### Einladung zur Podiumsdiskussion der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

#### "Homosexualität und Fußball - ein Tabu fällt?!"

Mittwoch, den 02. Juni 2010,  
19:30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin,  
Niederkirchnerstr. 5, Raum 376

Im Fußball als einem der letzten Tabubereiche für das Thema Homosexualität bewegt sich was: Seit Jahren gibt es offen lesbische Fußballspielerinnen. Der Ex-Profi Marcus Urban hat sich geoutet. DFB-Präsident Zwanziger ermutigt zur Toleranz. Angeheizt durch die Affäre um Schiedsrichter Amerell ist die Debatte um Homosexualität im Fußball voll entbrannt und zum Talkshowthema avanciert. Was muss getan werden, damit auf dem Platz und den Rängen Lesben und Schwule zur akzeptierten Selbstverständlichkeit werden können?

#### Begrüßung:

Felicitas Kubala, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Bündnis 90/Die Grünen (umwelt- und sportpolitische Sprecherin)

#### GesprächspartnerInnen:

Dr. Tatjana Eggeling, Kulturwissenschaftlerin (Uni Göttingen)  
Tanja Walther-Ahrens, European Gay + Lesbian Sport Federation  
Marcus Urban, Ex-Profi bei Rot-Weiß Erfurt (Biografie „Versteckspieler“)  
Gerd Liesegang, Präsidium des BFV (Berliner Fußball Verband)

#### Moderation:

Anja Kofbinger, MdB, Bündnis 90/Die Grünen (Sprecherin für Lesben- und Schwulenpolitik)

Das Abgeordnetenhaus ist barrierefrei.

## Das Pankower Bündnis - Grün pur zeigt Gesicht

1. Mai 2010, 15:30 Uhr: Zufrieden schiebt Oliver Jütting, Kreisvorsitzender in Pankow, auf einem Lastenrad, das anmutet, als sei es aus einer Zeit autoleerer Städte, geleerte mannshohe Heliumflaschen von der Schönhauser zur Geschäftsstelle in der Pappelallee. Wohlgelaunt macht die Menschenmenge dem ausladenden Vehikel Platz. Eine grüne "Kein Platz für Nazis"-Luftballonwolke umschwebt den S-Bahnhof Schönhauser Allee und Stefan Senkel, Schatzmeister in Pankow, ist gerade fleißig dabei, die Blockierer per Mikro mit Aktuellem zu versorgen. Die Bornholmer ist hinter den Blockierwilligen schon gar nicht mehr auszumachen. Zehntausend verteilt an mehreren Punkten werden die Nazis eine halbe Stunde später dazu zwingen, Ihren Aufmarsch im kleinlauten Rückschritt anzutreten. Und das sind keine Profiprotestler, die da mit lautem Topfgeklapper von Balkonen Nazis verdammen, die da auf den Strassen sitzen, und Stiefel stoppen wollen. Ein Bezirk zeigt Flagge gegen Rechts. Und damit auch manchen Unkenrufen zum Trotz, der Prenzlauer Berg sei allein zu einer Flaniermeile zum Bestaunen gesättigter Wohlstandsökofamilien am Kollwitzplatz geworden.

### Das grüne Herzstück

***Kaum ein Bezirk hat sein Gesicht so verändert wie Pankow, der bevölkerungsreichste Bezirk Berlins und kaum ein Bezirk hat so viele Gesichter wie Pankow. Dorfanger, Naherholungsgebiete, Szeneviertel und Wohnkieze beschreiben nur ansatzweise die Bandbreite.***

Prenzlauer Berg ist eine grüne Hochburg. Bei der letzten Wahl konnten Andreas Otto und Volker Ratzmann mit Direktmandaten ausgestattet in das Abgeordnetenhaus einziehen. Ein Herzstück ist die Gegend um den Kollwitzplatz.

Kollwitzplatz - Inzwischen mehr Phänomen als Platz. Gerne wird hier ein Menschenschlag verortet, der mit einer Wortkombination aus fermentierter Brause und wahlweise Bürgertum, Boheme oder Biedermeier umschrieben wird. "Ach, immer diese Bionade", meint Ste-

fanie Remlinger, Fraktionsvorsitzende der Pankower Bündnisgrünen, nicht überrascht, als sie nach dem Klischee gefragt wurde. "Da wird auch eine Neid-Debatte geführt." Für sie wäre es eigentlich eher verwunderlich, wenn von einer sanierten, hochqualitativen Städtebausubstanz nicht auch Besserverdienende angezogen worden wären.

Verdrängungsprozesse von finanzschwächeren Mietern hat es gegeben, auch in der Altersstruktur. "35- bis 50-jährige BewohnerInnen dominieren die EinwohnerInnenstruktur, leider hat gerade der Anteil der Jungen und Älteren insgesamt abgenommen", beschreibt Stefanie das Problem. Vielleicht ist auch deshalb ein Gefühl übriggeblieben, dass hier eine Seele gleich mit wegsaniert worden ist, die sich aus der Mischung aus Intellektuellen und Arbeitern in den Wohnquartieren der Innenstadt ergab. Die Quartiere waren aufgeladen mit revolutionärem Impetus, spätestens seit 1987 mit der Durchsuchung der Umweltbibliothek in der Zionskirche, den Demonstrationen in und vor der Gethsemekirche. Initiiert von Gruppen, die sich nicht zuletzt auch im Bündnis 90 wiederfanden, das von den Pankowern zu Recht als ein wesentlicher Bestandteil und nicht nur als Namensteil von Bündnis 90/Die Grünen angesehen wird. Ärgerlich sei bei diesem Hintergrund vor allem, dass ausgerechnet Die Linke gerne die Neiddebatte aufgreife und zu einem Ost-West Konflikt stilisiere meint Stefanie. Und was die Sanierungen betrifft: "Kaum war man vom Park Friedrichshain zurückgekommen, hatte man das Grün in all dem Grau wieder vergessen. Also angenehm leben konnte man hier früher wirklich nicht" erinnert sich Peter Brenn, heute Fraktionsvorsitzender der Pankower Bündnisgrünen. Wohl war, und eine Seele lässt sich nun mal schwerlich mit trostlosen grauen Bändern verfallener Straßenschluchten konservieren.

### Zentral, dezentral, regional

Ein typisches Phänomen in Berlin: Je weiter man zum Stadtrand kommt, desto geringer der Anteil bündnisgrüner WählerInnen. Das ist in Pankow besonders ausgeprägt. Als drittstärkste Partei im Bezirk zwei Direktmandate zu besetzen deutet das Ausmaß des Gefälles



Familienausflug mit Suppe: Pankow in Pinneberg zur Kettenreaktion

schon an: Im Südwesten des Bezirks mit weit über 30 Prozent der Stimmen ausgestattet, sinkt der Anteil der bündnisgrünen WählerInnen am Stadtrand unter die 10-Prozent-Marke.

Genau dieses Gefälle ist ein Ansatz für die Aufstellung im Bezirk - wie bindet man möglichst viele Bereiche örtlich und inhaltlich ein? Dezentral ist das Schlagwort. Dass es nicht beim Schlagwort bleibt, zeigt die Kreisverbandssitzung. Munter wird aus unterschied-

lichsten Gremien berichtet. Da tagte die AG Soziales in Wilhelmsruh, zuvor in Buch. Aus Blankenburg wird von einem vollen Kulturhaus berichtet und andere Namen von Ortsteilen fallen, bei denen man sich fragen kann, ob man noch in Berlin ist. "Anerkennung der Teile", umschreibt Ursula Schenk-Mekonen das Gefüge treffend. Auch eine Konkurrenz der Teile? "Da wird manchmal schon um das beste Konzept gerungen", bestätigt mir Frank Dittrich den Befund zur Suche nach der Best Practice.



## Gute Fahrt mit Thementischen

### Arbeitsgruppe Mobilität

Bereits vier Mal hat sich die in diesem Jahr neu gegründete AG Mobilität getroffen. Damit kann Bündnis 90/Die Grünen Berlin wieder eine stabile Struktur bei einem ihrer Kernthemen vorzuweisen, das sich zudem großer Beliebtheit erfreut. „Wir sind eine Gruppe von 20 bis 50 Mobilitätsinteressierten“, so Martin Kasztantowicz vom Koordinationskreis der AG. Am Anfang sei es vor allem darum gegangen, die Interessen derjenigen auszuloten, die ihre Kenntnisse zum Thema Mobilität einbringen und einfach mitmachen wollten. Aktuell arbeitet die AG sogar schon an einem Leitbild Grüne Mobilität für Berlin und plant eine Neuauflage der Mobility-Parade.

Um den großen Zuspruch zu bewältigen, ohne Mitmachende zu verprellen, wurden neue Diskussionsformen erforderlich.

So werden Themen im Rahmen von Gruppenarbeit an Thementischen diskutiert, um eine gute Beteiligung sicherzustellen. Konkret heißt das, es wird jeweils ein Tisch zu einem bestimmten Thema vorbereitet und von einer Moderatorin bzw. einem Moderator geleitet. Das gibt allen ausreichend Gelegenheit zur Diskussion. Ein gewisser Zeitdruck - alle Ergebnisse sollen dem Plenum am Ende schließlich noch vorgestellt werden - sorgt für konstruktives und konzentriertes Arbeiten.

Am Ende jeder Sitzung stehen die Planungen für das folgende Treffen. Auch die Organisation liegt auf vielen Schultern. Neben den Sprecherinnen und Sprechern Antje Kapek, Gerd Piehl, Martin Kasztantowicz, Michael Walther und Theresa Theune sind alle Teilnehmenden aufgerufen, mit anzupacken.

André Stephan,  
Mitglied der Redaktion

### AG MOBILITÄT

Die AG Mobilität trifft sich jeweils am ersten Mittwoch des Monats im Tagungshaus „Alte Feuerwache“, Axel-Springer-Straße 40-41. Weitere Infos, Termine und Protokolle gibt es auf [www.gruene-berlin.de](http://www.gruene-berlin.de). Das Sprecherteam ist per E-Mail unter [mobilität@gruene-berlin.de](mailto:mobilität@gruene-berlin.de) zu erreichen.

## Wahlen in NRW

### Landtagswahl



Nicht umsonst gilt die Landtagswahl in NRW als kleine Bundestagswahl. Der Industriestandort Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Bundesland. 13,5 der 18 Millionen Einwohner sind wahlberechtigt. Die Bevölkerung ist heterogen: Metropolen wie Düsseldorf und Köln stehen ländliche Gebiete wie das Hochsauerland oder Ostwestfalen gegenüber. In keinem Bundesland leben mehr Menschen mit ausländischen Wurzeln - 2008 waren es 4,27 Millionen, mehr als ein Viertel aller Ausländer in Deutschland. Das Land kämpft mit dem Strukturwandel und den Auswirkungen der Krise. Die Wirtschaft schrumpfte 2009 um 5,8 Prozent - nur Baden-Württemberg und das Saarland mussten größere Rückgänge verbuchen. Die Arbeitslosenquote liegt zwar im bundesdeutschen Mittelfeld, problematisch ist allerdings, dass viele Arbeitslose erwerbslos bleiben: Jeder elfte Bürger lebt von Hartz IV. Mit 36,1 Prozent ist die Langzeiterwerbslosenquote nach Bremen die zweithöchste in Deutschland. Dramatisch ist die Situation der Städte und Gemeinden, denen die Steuerausfälle schwer zu schaffen machen.

Bei den Landtagswahlen in NRW am 9. Mai wurde Schwarz-Gelb deutlich abgewählt, die Grünen haben flächendeckend gewonnen und 12,1 Prozent erzielt. Schaut man sich die Wahlergebnisse an, so haben sich die Grünen in der Fläche überall mehr als verdoppelt und ihre Hochburgen noch einmal massiv ausbauen können. In einigen Großstädten und an einigen Universitätsstandorten (Köln, Bielefeld, Münster) gelang der

Sprung über die 20-Prozent-Hürde. Die Grünen zogen dort mit SPD und CDU gleich. Bemerkenswert sind jedoch die Ergebnisse auf dem Lande. Fast überall erreichte die Partei um die 10 Prozent.

Spiegelbildlich dazu lesen sich die Ergebnisse der anderen Parteien, vergleicht man sie mit vorangegangenen Landtagswahlen. Die CDU hat überall Federn gelassen, die stärksten Einbrüche erfolgten jedoch in den ländlichen Wahlkreisen. In großer Zahl dürften die CDU-WählerInnen zu Hause geblieben sein. Laut Infratest Dimap hat die CDU rund 330.000 WählerInnen an das Nichtwählerlager abgegeben. Die SPD hat noch einmal massiv in einigen Großstädten bluten müssen. So verlor sie in Köln, Aachen und Düsseldorf 7 bis 8 Prozent ihrer WählerInnen. Demgegenüber stehen leichte Gewinne in den ländlichen Gebieten. Dort hat die FDP ebenfalls leicht zugelegt. Die Linke hat vor allem in den Universitätsstädten und im Ruhrgebiet punkten können.

**Das Wahlergebnis bringt in erster Linie die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung zum Ausdruck, nicht eine Umorientierung hin zu einer linken Mehrheit, auch wenn sie rechnerisch möglich ist. Wie in Großbritannien ist man in NRW im Patt stecken geblieben.**

Egal wie der Koalitionspoker ausgeht, Schwarz-Gelb hat jedenfalls ihre Mehrheit im Bundesrat verloren. Die unsoziale Kopfpauschale wird uns wohl erspart bleiben, den Steuersenkungswahnsinn hat die Kanzlerin schon gleich nach den Wahlen kassiert - ohne großen Widerspruch seitens der FDP. Auch die Verlängerung der AKW-Laufzeiten wird schwieriger, weil die Länder durch längere Laufzeiten bei der Atomaufsicht zusätzlich belastet würden.

Christine Dörner,  
Mitglied der Redaktion

## Grüne Christen – eine verfolgte Minderheit?

Der Landesausschuss unserer Partei ist für vieles berühmt-berüchtigt, aber als Ort für religiöse Bekenntnisse und emotionale Betroffenheit? Sicher nicht. Und doch gab es im letzten Januar eine Sitzung, bei der kein Redebeitrag ohne ein Glaubensbekenntnis auskam, egal ob christlich, islamisch oder atheistisch. Und nicht wenigen TeilnehmerInnen zitterte die Stimme und traten Tränen in die Augen. Wie konnte es dazu kommen, dass eine eigentlich profane Anerkennung einer Landesarbeitsgemeinschaft solche Emotionen weckt?

Die einfache Arbeitsgruppe ChristInnen bei den Grünen beantragte die offizielle Anerkennung als Landesarbeitsgemeinschaft, so wie es bereits in vielen Landesverbänden und im Bundesverband entsprechende Gliederungen gibt. Man wolle Kirchenpolitik betreiben und sich den grundlegenden moralischen Fragen dieser Zeit stellen, etwa dem Thema Hospizbewegung oder Gendiagnostik. Die formalen Voraussetzungen waren erfüllt. Also eigentlich nur eine Formalie? Weit gefehlt: diese einfache Frage hat einen Grundsatzkonflikt aufgedeckt. Wie halten es die Grünen mit der Religion?

Homoehe und § 218 – das sind für viele Schlagworte, die zu einer grünen Identität einfach dazugehören. Und Gegner in diesen Kulturkämpfen waren und sind bis heute vor allem Christen, etwa in der katholischen Amtskirche oder bei evangelikalen Strömungen. „Wenn ich mir von einer Landesarbeitsgemeinschaft ChristInnen etwas erhoffe, dann nicht, dass christliche Positionen mehr Platz in der Partei erhalten. Vielmehr sehe ich sie umgekehrt in der Pflicht, unsere Bürgerrechts- und Menschenrechtsüberzeugungen gegenüber den Kirchen zu vertreten und einzufordern“, erklärt deswegen zum Beispiel Sebastian Walter, Sprecher der LAG Queergrün. Besonders bei den Landesarbeitsgemeinschaften Frauen- und Geschlechterpolitik und Queergrün schrillten also die Alarmglocken. Sollte hier dem Gegner eine Tür aufgestoßen werden ins Herz der Partei? Gänzlich unbegründet ist die Sorge sicher nicht. Noch gut ist in Erinnerung, dass die AG ChristInnen bei der Auseinandersetzung um das Unterrichtsfach Ethik ihre Minderheitenmeinung auch öffentlich in die Berliner Medien getragen hat.

Alexander Barthel, Koordinator der AG „Bündnisgrüne ChristInnen Berlin“, beruhigt:

**„Wir wollen vor allem Fachpolitik machen: Kirchenarbeitsrecht, Kirchensteuer und das Verhältnis von Kirche und Staat. Niemand muss sich Sorgen machen – wir sind schließlich Bündnisgrüne und wollen in die Kirchen wirken.“**

Aber gerade diese Konzentration auf die christlichen Kirchen ist anderen Parteimitgliedern suspekt: „Die Grünen sind keine christliche Partei, sondern weltanschaulich neutral“, betont zum Beispiel Dirk Behrendt, offen schwuler Abgeordneter aus Kreuzberg. „Die Einführung auf eine rein christliche Basis ist doch konträr zur eigentlich spannenden Frage einer multireligiösen oder postreligiösen Gesellschaftsdebatte.“ Und in seltener Einmütigkeit wird Behrendt von Irma Franke-Dressler, Berliner Landesvorsitzende, unterstützt: „Für mich ist die Debatte um Vielreligiösität innerhalb der Partei viel spannender. Eine LAG Religionen und Weltanschauungen hätte ich sehr gut gefunden. Eine Landesarbeitsgemeinschaft hat eine andere Funktion als die einer Interessengemeinschaft.“

Besonders irritiert zeigten sich die Skeptiker von einem Argument aus der Antragsbegründung: „Die Debatte über Kultur und Pluralität insbesondere unserer Partei leben notwendigerweise von Minderheiten mit ihren jeweiligen Besonderheiten, wie es z.B. die Grüne Jugend oder Queergrün beweisen.“ Christen als Minderheit in einem christlich geprägtem Land? Eine LAG vergleichbar mit Schwulen- oder Frauengruppen, die gegen Diskriminierung ankämpfen? Tatsächlich – mehrere TeilnehmerInnen am Landesausschuss machen sehr deutlich, dass sie sich in ihrer christlichen Identität bei den Berliner Grünen nicht ernst genommen fühlen. Die Partei sei in der Stadt antireligiös und kirchenfeindlich geprägt. Deswegen sei es legitim, sich als Minderheit zu organisieren, auch um als Dialogpartner zwischen Christen und Grünen zu fungieren. Franke-Dressler zeigt sich irritiert: „In der Debatte zu einem LAG-Status war nie intendiert, dass sich Menschen auf Grund ihres



© flügelwesen / photocase

Ein Kunstwerk: Kirchenglasfenster mit Glasmalerei

Glaubens zurückgesetzt fühlen.“ Sie könne verstehen, dass gerade für Bündnisgrüne im Ostteil der Stadt der christliche Glaube auch Kristallisationspunkt für politisches Engagement war und ist. Und auch Behrendt räumt ein: „Bei der Umwelt-, Friedens- und Migrationspolitik, die ja nicht ganz unbedeutende Politikfelder sind, haben Christen in der Ideengeschichte der Partei eine wesentliche Rolle gespielt.“ Dennoch sei der Vergleich mit Queer- oder Frauengruppen nicht statthaft: „Ich verstehe gar nicht, warum die Initiatoren sich so als Opfergruppe dargestellt haben, als quasi verfolgte Minderheit. So ein Ruf um Anerkennung ist überflüssig: Niemand stellt in Frage, dass Christen eine wesentliche Rolle in unserer Partei haben.“

Letztlich haben die Argumente von Alexander Barthel und seinen MitstreiterInnen überzeugt: Nach einer Vorstellungsrunde durch die Bezirksgruppen sprachen

sich zehn von zwölf Kreisverbänden für die Anerkennung einer LAG ChristInnen aus. Entsprechend deutlich letztlich auch das Ergebnis bei der zweiten Lesung im Landesausschuss. Für die LAG geht die Arbeit jetzt richtig los: Die grüne Positionierung zum Thema Babyklappen und am 10. Juni zur kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit. Spannend wird zu beobachten sein, ob dabei auch die Frage angeschnitten wird, wie sich die christliche Entwicklungshilfe zum Beispiel in Uganda zu Fragen der Homosexualität stellt, sind es doch vor allem amerikanische Evangelikale, die hier zum Hass gegen Schwule und Lesben aufrufen. Hier mäßigend aufzutreten, dass könnte ein Beitrag von grünen Christen sein, der sicherlich auch die KritikerInnen vom Nutzen einer LAG Bündnisgrüne ChristInnen überzeugen würde.

Ronald Wenke  
Mitglied der Redaktion

## Das Ende einer Zählgemeinschaft

Quartalsweise erscheinende Zeitschriften haben es nicht leicht - die Wirklichkeit ist manchmal schneller. So ist die seit 2001 in Neukölln bestehende Zählgemeinschaft aus SPD, Grünen und Linken just geplatzt, als die letzten Stacheligen Argumente der Neuköllner Bezirksgruppe ein ausführliches Portrait widmeten.

Vordergründig wurde das Ende der Zählgemeinschaft durch die Debatte um die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus eingeläutet. Einer entsprechenden Resolution verweigerte die grüne Bezirksfraktion ihre Zustimmung. Für die SPD Grund genug, die Zusammenarbeit mit uns für beendet zu erklären. Bei Lichte betrachtet, ging es allerdings weniger um einen konkreten inhaltlichen Dissens, vielmehr handelte es sich um eine Art politischen Ermüdungsbruch.

Die rot-rot-grüne Zählgemeinschaft hat in den letzten Jahren an vielen Stellen eine erfolgreiche Politik für Neukölln gemacht - und dem Bezirk nach jahrelanger Dominanz einer großer Koalition aus CDU und SPD gut getan. Viele richtige politische Entscheidungen wurden in dieser Konstellation getroffen:

**Die flächendeckende Einrichtung von Schulstationen im Norden Neuköllns, die Abschaffung der Gutscheinregelung für Asylbewerber, die deutliche Aufstockung der Musikschulplätze oder die Stadtteilmütter seien als Beispiele genannt.**

Vernünftige Politik also, die mit Bezirksbürgermeister Buschkowsky - abgesehen von seinen oft markigen und für Grüne schwer erträglichen Aussagen - in der Vergangenheit möglich war. In letzter Zeit wurden aber auch die Differenzen immer offensichtlicher, vor allem bei Fragen zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, bei der Integrations- oder auch bei der Verkehrspolitik.

Politische Auswirkungen hat das Ende der Zusammenarbeit kaum. Auch in der Vergangenheit sind Entscheidungen mit wechselnden Mehrheiten getroffen worden. Wichtige politische Entscheidungen wie etwa über den Haushalt stehen in dieser Wahlperiode nicht mehr an. Auf die tägliche Arbeit wirkt es sich dagegen sehr wohl aus, wenn auch ganz unterschiedlich. Während vor den Sitzungen mancher BVV-Ausschüsse wie gewohnt Vorbesprechungen der (ehemaligen) Zählgemeinschaft stattfinden, tun sich manche Sozialdemokraten seitdem selbst mit grundlegenden Anstandsregeln wie dem Grüßen von Grünen schwer. Der Ton ist rauer geworden.

Das Scheitern der Zählgemeinschaft sollte allerdings nicht als Beleg gegen Rot-Grün verstanden werden, dazu ist die Situation zu bezirksspezifisch. Buschkowsky steht als mittlerweile dienstältestes Bezirksamtsmitglied Berlins für eine SPD, die durch die jüngsten Wahlniederlagen tief verunsichert ist und die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat. Mit seinem autokratischen und stellenweise selbstherrlichen Stil bringt er längst nicht nur Grüne gegen sich auf. Eine erneute Zusammenarbeit mit ihm nach der nächsten Wahl steht wohl kaum zur Debatte. In der zweiten und dritten Reihe der Neuköllner Sozialdemokratie gibt es dagegen etliche, mit denen eine Neuauflage der Zählgemeinschaft nach der nächsten Wahl gut vorstellbar ist. Hier sind die Schnittmengen auf beiden Seiten deutlich größer als mit der CDU und der FDP des Bezirks. Für die Demokratie ist es gut, wenn lange Regentschaften auch irgendwann ihr Ende finden. In Neukölln bietet das nächste Jahr die Gelegenheit dazu.

*Jochen Biedermann,  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Neukölln*

## CITY-TAX

### Tourismusabgabe für Kultur und Klimaschutz im Bezirk

Berlin hat sich mittlerweile zu einer der Top 3 Tourismusmetropolen Europas gemausert. Allein in Charlottenburg-Wilmersdorf gab es 2008 über 4 Mio. Übernachtungen. Sehr günstige Flüge und immer preiswertere Übernachtungsmöglichkeiten auch mitten in der City locken BesucherInnen aus ganz Europa, den USA und Asien. Nachhaltiger Tourismus sieht sicherlich anders aus. Zusätzlich profitieren die BesucherInnen von einer vergleichsweise preiswerten Infrastruktur zum Beispiel beim öffentlichen Nahverkehr und bei den Theatern.

Das allein ist schon Grund genug für eine City-Tax - also eine Tourismusabgabe. Die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotels von 19 % auf 7 % war hier nur noch der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Berlin geht nicht nur Einnahmen verloren, der Gast hat nicht einmal etwas davon. Denn die Hotels geben die Ersparnis natürlich nicht an den Gast weiter. Ob die Hotels eine City Tax dann auf den Übernachtungspreis aufschlagen oder nicht, die Einnahmen sollen jedenfalls einem konkreten Zweck zugeführt werden und nicht wie das Klientelgeschenk der Steuersenkung einfach in den Taschen der Hoteliers versickern. Ob ein Pauschalbetrag bis 2,50 Euro oder eine prozentuale Gebühr, in jedem Fall soll die City-Tax natürlich sozial verträglich gestaltet werden. Jugendliche und Jugendherbergen sollen von vorneherein ausgeschlossen werden.

**Mit den Einnahmen der City-Tax könnten einerseits notwendige Klimaschutzmaßnahmen angestoßen werden, andererseits könnten diese Mittel für Kultur zur Verfügung gestellt werden.**

Und in beiden Fällen meine ich insbesondere Maßnahmen im Bezirk, denn die Bezirke stehen in den nächsten Jahren vor der Aufgabe, die Stadt trotz steigender Temperaturen lebenswert zu gestalten. Und bei der Kiezkultur wurde und wird bereits munter gestrichen.

Dabei ist es doch gerade das, was unsere Stadt so besonders macht, auch und gerade für Touristen. Die Kieze schaffen Vielfalt, abseits des Mainstreams. Mit den

Stimmen der SPD ist ein grüner Antrag zur Einführung einer City-Tax in Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf bereits verabschiedet.

Da eine solche Abgaberegulung nur über ein Landesgesetz geregelt werden kann, sind die Bezirke nun aufgefordert, sich zum Beispiel über den Rat der Bürgermeister entsprechend zu engagieren. Über ein Sondervermögen soll dann sichergestellt werden, dass die zusätzlichen Einnahmen wirklich zusätzlich in den Bezirken landen und nicht im Rahmen der Globalzuweisung versickern.

*Nicole Ludwig  
Fraktionsvorsitzende in Charlottenburg-Wilmersdorf*





## Neues aus Europa

„Europa 2010: Bei Wettbewerbsfähigkeit macht uns keiner was vor!“ - so würde man angeben, hätte die EU ihre Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 verwirklichen können. Denn diese hatte genau das versprochen: die Europäische Union bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten“ Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Das platte Bekenntnis zu Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum war ein Grundproblem der ganzen Verabredung. Hinzu kam, dass man sich unter den EU-Regierungen nur auf lose Vereinbarungen hatte einigen können. Danach versprach jeder alles - und machte eh, was er wollte. Die Lissabon-Strategie floppte.

Anfang des Jahres hat nun die Europäische Kommission eine neue EU-Entwicklungsstrategie vorgeschlagen. Diesmal heißt sie „EU 2020“. Auf dem Papier hat man ein bisschen aus Fehlern gelernt. Man strebt ein Wachstum an, das „intelligent, nachhaltig und sozial inklusiv“ sein soll. Es soll eine Konzentration auf wenige Hauptziele geben, die einen hohen Beschäftigungsgrad, mehr Forschungsinvestitionen, den Ausbau der tertiären Bildung, die Armutsreduzierung, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Senkung von CO2-Emissionen ins Auge fassen. Und die neue Strategie soll verbindlicher sein. So weit der Werbeblock.

Tatsächlich wurde das Scheitern der Lissabon-Strategie wenig analysiert. Die „qualitativen“ Bekenntnisse bleiben formelhaft. Einen „grünen Faden“, wie ihn der Green New Deal bietet, gibt es bei „EU 2020“ nicht. Die Hauptziele sind nicht ehrgeizig. Die Leuchtturmprojekte wurden ohne Mitwirkung der Fachministerräte oder gar der Sozialpartner oder der Zivilgesellschaft von der Europäischen Kommission zusammengestrickt. Und eine wirksame Governance der Strategie blockiert zuvörderst die Bundesregierung, die auch kein Ziel im Kampf gegen die Armut akzeptieren will. Und bei Energieeffizienz keine Verbindlichkeit.

Die EU-2020-Strategie wird sicher verabschiedet werden. Doch eine grüne industrielle Revolution bringt sie nicht. Will sie (noch) nicht. Der Wille zum großen Wurf hat gerade keine Konjunktur.

*Reinhard Bütikofer, MdEP,  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender*



## Neues aus dem Abgeordnetenhaus

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus hat in diesen Tagen die Zusammenarbeit mit der FDP im Abgeordnetenhaus aufgekündigt. In der Plenardebatte vom 6. Mai 2010 hatte der parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Björn Jotzo, das Demonstrationsrecht der NPD am 1. Mai verteidigt. TeilnehmerInnen der Blockaden und uns warf er eine „Meinungsdiktatur“ vor. Er sagte, dass wir lieber „auf der anderen Seite“ - also bei den Rechtsextremisten - mitdemonstrieren sollten. Jotzo und sein Fraktionschef Christoph Meyer haben in der Folge diese Äußerungen verteidigt. Wir haben abgewartet, ob sich Jotzo vielleicht nur vergaloppiert hat. Im Gegenteil, auf seiner Homepage oder in seinen Blogbeiträgen verteidigt er sich. Viele positive Briefe habe er auf seine Rede bekommen. Wir wagen gar nicht zu fragen, wo die herkommen. Wir erwarten von der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus eine Entschuldigung oder mindestens Distanzierung.

Uns in die Nähe rechtsextremistischen Gedankenguts zu rücken, überschreitet nicht nur die Grenzen des guten Geschmacks, sondern auch die Grenze des in der parlamentarischen Debatte Hinnehmbaren. Das alles haben wir in einem Brief dem FDP-Fraktionschef geschrieben. In den Medien wirft er uns deshalb einen PR-Gag vor. Das alles zeigt uns nur klar, dass die Grundlagen unserer bisherigen parlamentarischen Zusammenarbeit nicht mehr gegeben sind. Daher sehen wir zurzeit keine Möglichkeit mehr, gemeinsame Anträge, Pressemitteilungen, Veranstaltungen oder Vorabsprachen mit der FDP im Rahmen der oppositionellen Zusammenarbeit auf den Weg bringen. Die FDP hat zuletzt - nicht nur in der Debatte zum 1. Mai - gezeigt, dass sie in Berlin derzeit nicht politik- und gestaltungsfähig ist.

*Ramona Pop und Volker Ratzmann,  
Fraktionsvorsitzende*



## Neues aus der Kommandantur

Ein Drittel des Jahres ist schon vorbei. Mehr als vier Monate, in denen wir auf großen Aktionen und im Detail deutlich machen konnten, wofür wir als Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen.

Wir haben uns mit vielen Mitgliedern auf den Weg gen Norden gemacht, um gegen die mögliche Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken zu protestieren. Die Anti-Atom-Menschenkette mit über 120.000 Teilnehmenden war ein riesiger Erfolg gegen die schwarz-gelben Atompläne. Gleichzeitig haben wir unsere Bündnisfähigkeit gestärkt. Grün war durch viele grüne Luftballons und Banner deutlich wahrnehmbar und auch unsere gelben Protest-AKW's kamen im Norden ebenso zum Einsatz wie zuvor bei der Berliner Menschenkette am 10. April vor der Vattenfall-Zentrale.

Wir haben auf der traditionellen Demonstration der Gewerkschaften am 1. Mai unsere Forderung nach einem Mindestlohn deutlich gemacht. Die grünen Luftballons „Mindestlohn jetzt“ wurden uns förmlich aus den Händen gerissen. Mit Aktionen wie diesen zeigen wir unser soziales Profil. Wir haben gegen den Aufmarsch der Neonazis in Pankow demonstriert und erreicht, dass ihre Demonstration abgebrochen werden musste. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften werden wir auch weiterhin Position beziehen, sichtbar sein und Flagge zeigen.

Jetzt geht es aber auch darum, unsere Themen im Berliner Wahlkampf 2011 in die Gesellschaft einzubringen. Daher sind auch alle Mitglieder aufgefordert, sich im Rahmen des Debatten- und Programmprozesses zu engagieren. So hat am 8. Mai die BerlinWerkstatt Soziales mit guten Diskussionen eine Reihe von programmatischen Veranstaltungen eröffnet. Werkstätten zu den Themen Bildung und Jugend, Wirtschaft, Verkehr und demokratische Gesellschaft werden folgen. Gleichzeitig freuen wir uns auf Diskussionen im Rahmen unseres Klimakongresses am 18. September und den Landesdelegiertenkonferenzen am 5. Juni und 6. November 2010. Packen wir es an!

*Irma Franke-Dressler,  
Landesvorsitzende*



## Neues aus der Dirschauer

Der Frühling der GRÜNEN JUGEND Berlin war erfrischend, bunt und aktionsreich. Wir beteiligten uns mit einer Gentrifizierungsaktion am Mietenkongress und fuhren mit dem Berliner Bündnis zur KETTENreAKTION bei Elmshorn, wo wir Teil einer riesigen Anti-Atom-Menschenkette waren. Am ersten Mai verhinderten wir gemeinsam mit vielen anderen BerlinerInnen die Demonstration der Nazis, indem wir uns ihnen in diversen Blockaden entgegenstellten.

Auch inhaltlich ging es gut voran. Der Themenmonat "Demokratie in Berlin" führte zu einigen spannenden Aktiventreffen. Im aktuellen Monat "Die anderen Parteien" beschäftigen wir uns weiter mit der Landespolitik und dem demokratischen System Berlins. Auch strukturell geht es mit der Gründung neuer Bezirksgruppen wie zum Beispiel in Neukölln und Arbeitsgemeinschaften weiter nach vorne.

Auf unserer ersten Landesmitgliederversammlung 2010 beschlossen wir einen durch die vormaligen Aktiventreffen und die Arbeit des Fachforums Stadtentwicklung geprägten Antrag zur Mietenpolitik sowie ein Konzept zur Nachnutzung des Flughafens Tempelhof. Außerdem wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Neue Sprecherin ist nun Madeleine Richter, Sprecher weiterhin Armin Feistenauer. Neue Mitglieder im Landesvorstand sind unsere politische Geschäftsführerin Julia, unser Schatzmeister Kai und unsere BeisitzerInnen Svenja Stöckmann, Svenja Westphal, Felix und Joschka. Für den erweiterten Landesvorstand der Grünen in Berlin durften wir wegen des vorzeitigen Rücktritts von Doro ein neues Votum an unsere ehemalige Sprecherin Meike Berg vergeben.

*Armin Feistenauer und Madeleine Richter,  
SprecherInnen der Grünen Jugend Berlin*

## Der Fall Griechenland

### Lehren für Deutschland

Verdrängung, das zeigt die anhaltende Finanzkrise, scheint bei vielen der beliebteste Versuch der Konfliktbewältigung zu sein. Nachdem bereits mehrere deutsche Banken gerettet werden mussten, stellte sich der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück im Herbst 2008 hin und erklärte, diese Krise sei ein US-amerikanisches Problem. Heute lebt ein gutes Dutzend deutscher Banken nur durch staatliche Hilfe weiter. Deutschlands Finanzsektor ist überdurchschnittlich von der Krise betroffen. Und während beim Thema Steuerflucht in Deutschland ganz laut auf die Schweiz und Liechtenstein geschimpft wurde, wollte sich kaum jemand mit der Frage beschäftigen, was eigentlich die Tochtergesellschaften deutscher Banken in den Steueroasen so treiben. Ein ähnliches Phänomen erkennt man auch beim Fall Griechenland. Wieder scheinen die Probleme allein in fernen Ländern zu liegen. Mit den Fakten hat das wenig zu tun.

Inzwischen rollen die Pleitewellen der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht mehr nur auf Kleinststaaten wie Island oder Lettland zu.

### *Die Frage ist vielmehr: heute Griechenland und morgen Spanien?*

Die öffentliche Debatte darüber wird, dem Ernst der Lage unangemessen, gerne populistisch geführt. Doch wer zu laut über den griechischen Schlendrian schimpft, will vielleicht auch von der dringend notwendigen Analyse der Frage ablenken, welche gravierenden Konstruktionsfehler auf den weltweiten Finanzmärkten und in der Europäischen Union zu dieser nicht enden wollenden Krise beigetragen haben und welche Rolle Deutschland bei diesen Fehlentwicklungen hatte.

Niemand bestreitet, dass die griechische Politik die desolate Lage der griechischen Staatsfinanzen zu verantworten hat. Allerdings bekommen auch Euro-Länder wie Spanien und Irland, deren Haushaltsführung lange als vorbildlich galt, massive finanzielle Probleme. Der Euro-Stabilitätspakt ist nämlich auf mindestens einem Auge blind. Er schaut lediglich auf die Begrenzung der Staatsverschuldung und hat deshalb die problemati-

sche Zunahme der privaten Verschuldung im Zusammenhang mit dem Bauboom in Spanien ebenso wenig in den Blick genommen wie die Immobilienblase in Irland. Doch diese wirtschaftliche Entwicklung war nicht nachhaltig und führte direkt in die heutige Krise mit einem massiven Anstieg der Staatsverschuldung. Hier besteht dringender Korrekturbedarf.

Viele beklagen nun, die Kriterien des Stabilitätspaktes seien von europäischer Ebene nicht strikt genug durchgesetzt worden. Tatsächlich wurden diese von Deutschland und Frankreich bereits in den 90er-Jahren aufgeweicht, nachdem sie sie selbst verfehlt hatten. Auch hat Deutschland mit dazu beigetragen, dass die europäische Statistikbehörde keine zusätzlichen Kompetenzen bekam, um die von den Mitgliedstaaten gemeldeten Haushaltszahlen unabhängig überprüfen zu können – mit fatalen Folgen, wie das Beispiel Griechenland zeigt.

Nicht zuletzt blockiert die schwarz-gelbe Bundesregierung nach wie vor die Entwicklung des politischen Gegenstücks zur Währungsunion. Dabei braucht es auf EU-Ebene dringend eine verstärkte Koordination der Wirtschaftspolitik, sonst gefährden divergierende wirtschaftspolitische Strategien die Währungsunion. Das aus dem deutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz bekannte „magische Viereck“, welches das außenwirtschaftliche Gleichgewicht als eines von vier Zielen der Wirtschaftspolitik nennt, verdeutlicht den umfassenden Koordinierungsbedarf. Ein funktionsfähiger Wachstums- und Stabilitätspakt der Euro-Länder muss ergänzt werden um das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Was dieses Ziel leisten soll, wird an der Griechenlandkrise deutlich, die letztlich eine Krise der Währungsunion ist. Deutschlands exportorientierte Wirtschaftspolitik funktioniert schließlich nur, wenn andere Länder Leistungsbilanzdefizite haben. Die meisten griechischen Importe kommen aus Deutschland (etwa 13 Prozent), bei den viel kritisierten und völlig aufgeblähten griechischen Rüstungsimporten kommt sogar ein gutes Drittel aus der Bundesrepublik. Nur ein Staat importierte mehr Waffen aus Deutschland als Griechenland: der Gegenspieler Griechenlands



Kein Geld mehr auf der Straße

im Zypernkonflikt, die Türkei. Während die Binnennachfrage in Deutschland seit vielen Jahren unter sinkenden Reallöhnen leidet, konnte sich unsere Wirtschaft zwischenzeitlich unter anderem deshalb erholen, weil sich Länder wie Griechenland überschuldeten. Die Krise Griechenlands zeigt so - neben massiven Reformen in Griechenland - den Bedarf nach einer veränderten wirtschaftspolitischen Strategie für Deutschland. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung reagiert auf diese Frage nur mit Abwehrreflexen, statt Vorschläge vorzulegen, wie man die Wirtschaftspolitik neu ausrichten könnte.

Besonders perfide: Während die deutsche Bundesregierung öffentlich Griechenland zu großen Sparanstrengungen aufforderte, wurde hinter den Kulissen auf eine Beibehaltung der Rüstungsaufträge an deutsche Firmen gedrängt.

Das in Turbulenzen geratene Griechenland zeigt nicht nur, dass Sozialstandards und Löhne einem fatalen, weltweiten Wettbewerb ausgesetzt sind, sondern auch, wie an den Finanzmärkten die Zahlungsfähigkeit eines ganzen Staates zum Spielball wird. Nobelpreisträger Joseph Stiglitz macht für die drohende Pleite die in den vergangenen Monaten dramatischen Zinssteigerungen für griechische Staatsanleihen verantwortlich. Die Märkte begannen, auf eine Staatspleite zu wetten – und das unkoordinierte, auch von der Bundesregierung hinausgezögerte Handeln der Euro-Länder war Wasser auf den Mühlen der Spekulanten. Hier hätten längst Lehren aus der anhaltenden Finanzkrise gezogen werden müssen,

zum Beispiel mit einer Besteuerung von Finanztransaktionen, die spekulative Finanzgeschäfte teurer macht, oder mit einer deutlichen Beschränkung von Finanzprodukten wie den Kreditausfallversicherungen (CDS).

Bei der Rettungsaktion hätte man durchaus auch Lehren aus der Rettung von Banken ziehen können, nämlich bei der Beteiligung der privaten Gläubiger. Denn bei der Rettung einer Bank oder eines Staates profitieren dessen bisherige Kreditgeber, weil deren Kredite abgesichert werden, die sonst vielleicht verloren wären. Weder bei der Bankenrettung noch bei der bisher geplanten Rettung für Griechenland wird den bisherigen Gläubigern ein Beitrag zu dieser Rettung in Form eines Abschlags auf ihre Kredite abverlangt. Das ist ungerecht. Die privaten Banken, Fonds oder Versicherer haben an den gut verzinsten Krediten über viele Jahre risikoarm und gut verdient. Jetzt profitieren sie, weil Marktmechanismen bei Staaten an ihre Grenzen stoßen, ähnlich wie bei der Pleite der Hypo Real Estate, die wegen ihrer Marktrelevanz nicht fallen gelassen werden konnte. In beiden Fällen gibt es bisher keinen Rahmen für geordnete Insolvenzverfahren. Das Marktversagen darf hier nicht einfach für die Profiteure risikofrei aus Steuergeldern ausgeglichen werden. Aufgabe der europäischen Staaten ist es, nicht nur Vorsorge zu treffen, sondern auch bei der Bewältigung des Falles Griechenland die privaten Gläubiger in die Pflicht zu nehmen.

Gerhard Schick, MdB,  
Finanzpolitischer Sprecher

## Das Sorgerecht von nicht verheirateten Vätern muss neu geregelt werden

Horst Zaunegger hat zusammen mit seiner Lebensgefährtin Karin Keller (Name fiktiv) eine gemeinsame Tochter, Helen (Name fiktiv), 3 Jahre alt. Horst trennt sich von Karin. Karin besteht auf dem alleinigen Sorgerecht. Horst kümmert sich wie bisher um seine Tochter und will für das gemeinsame Sorgerecht kämpfen. Von deutschen Gerichten erhält er hierfür keine Unterstützung. Deshalb beschließt er, sein Anliegen vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entscheiden zu lassen. Nach elf Jahren, Helen ist zwischenzeitlich 14 Jahre alt geworden, bekommt Horst recht.

### I. Ausgangspunkt

Nach bestehendem Recht kann der nicht verheiratete Vater das Sorgerecht nur durch eine gemeinsame Sorgeerklärung beider Elternteile erlangen. Verweigert die Mutter die Zustimmung, hat der Vater nach § 1626a BGB bisher keine Möglichkeit das gemeinsame Sorgerecht zu erhalten.

### II. Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

Der EGMR hat im Fall von Horst Zaunegger im Dezember 2009 entschieden, dass § 1626a BGB in der jetzigen Form gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstößt. In Deutschland werden unverheiratete Väter im Vergleich zu Müttern und ehemals verheirateten Vätern diskriminiert. Sie bekommen das Sorgerecht nur, wenn die Mutter dem zustimmt. Das Bundesverfassungsgericht hatte noch im Jahr 2003 entschieden, dass ein gegen den Willen der Mutter erzwungenes Sorgerecht in der Regel nicht dem Kindeswohl entspreche. Diese Auffassung teilt der EGMR ausdrücklich nicht.

### III. Handlungsmöglichkeiten

Der EGMR hat den Wandel des Familienbilds in der Gesellschaft in sein Urteil einfließen lassen. In der Tat besteht in der Frage des gemeinsamen Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern Handlungsbedarf.

Allein im Jahr 2007 wurden 210.000 Kinder nicht-ehelich geboren.

In seiner Entscheidung hat der Gerichtshof vorgegeben, dass es zumindest eine gerichtliche Einzelfallprüfung geben muss, wenn die Mutter dem gemeinsamen Sorgerecht nicht zustimmt. Zur Neuregelung des Sorgerechts von nicht verheirateten Vätern gibt es nun zahlreiche Gestaltungsmöglichkeiten.

#### 1. Gerichtliche Einzelfallentscheidung auf Antrag

Den Mindestanforderungen des Gerichtshofs wäre bereits dann Genüge getan, wenn der Vater im Einzelfall einen Anspruch auf eine gerichtliche Entscheidung zur Erlangung des gemeinsamen Sorgerechts hätte. Bei Entscheidungen zum gemeinsamen Sorgerecht würde dann das Verhalten des Vaters, das er gegenüber seinem Kind zeigt, berücksichtigt werden. Einen solchen Anspruch hatte die Grüne Bundestagsfraktion schon in der letzten Wahlperiode gefordert (Drs. 16/9361). Bei dieser Regelung müsste der Vater vor Gericht aktiv werden und das Sorgerecht beantragen.

#### 2. Automatische gemeinsame Sorge

Interessante Anregungen zur Regelung des Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern finden sich in den Gesetzen anderer europäischer Staaten. In zahlreichen europäischen Ländern wie Spanien und Rumänien besteht ein automatisches gemeinsames Sorgerecht auch bei nicht miteinander verheirateten Eltern. Falls ein Vater das automatisch erlangte Sorgerecht nicht wahrnehmen möchte, könnte die Mutter die Namensgebung oder den Wohnort des Kindes jeweils gerichtlich entscheiden lassen. Bei zu vielen unlösbaren Konflikten könnte sie letztendlich vor dem Familiengericht das alleinige Sorgerecht beantragen.

#### 3. Antrag des Vaters

Ein gangbarer Weg könnte auch sein, dem Vater das gemeinsame Sorgerecht auf Antrag, zum Beispiel beim



© designritter / photocase

Papa?

Jugendamt, zu gewähren. Dabei wäre hilfreich, Mutter und Vater begleitend zu beraten. Das Jugendamt oder freie Träger (z.B. Jugendhilfe) könnten eine wichtige Rolle bei der Konfliktklärung und Lösungsfindung einnehmen und dazu beitragen, einen Ausgleich zu finden. Kann dem Antrag außergerichtlich nicht entsprochen werden, könnte der Vater noch die Möglichkeit bekommen, durch eine familiengerichtliche Einzelfallentscheidung die gemeinsame elterliche Sorge zu erhalten.

Unsere Herausforderung besteht jetzt darin, Ungleichheiten, die zu Ungerechtigkeiten führen, zu beseitigen

und alle Interessen und Bedürfnisse einem möglichst gerechten Ausgleich zuzuführen. Dabei steht für uns das Kindeswohl im Mittelpunkt der Überlegungen. Es müssen alle Möglichkeiten der selbst bestimmten und außergerichtlichen Lösungsfindungen in Betracht gezogen werden. Rechtliche und juristische Mittel sollten dabei ein letzter Ausweg sein.

Ingrid Hönlinger, MdB  
Sprecherin für Demokratiepolitik

## Irgendwann muss ja auch mal Schluss sein

### Öffnungszeiten am Sonntag

In den letzten Jahren haben sich unsere Gesellschaft und ihr Verständnis von Arbeit radikal geändert. Nicht zuletzt durch das Internet und die dadurch hervorgerufenen Veränderungen ist unsere Gesellschaft immer mehr zu einer von Burn Out und Midlife Crisis gezeichneten Nation geworden, in der ständig alles in Bewegung ist, nichts mehr ruht und jeder immer und überall erreichbar sein muss. Wer etwas haben möchte, muss es auch gleich bekommen können, und zwar immer und überall. Die Debatte um die Öffnungszeiten der Berliner Geschäfte scheint dem gleichen Muster zu folgen. Man muss Butter, Käse und Milch genau dann einkaufen können, wenn man sie gerade braucht. Auch am Sonntag.

Soviel also zum altbewährten Grundsatz des „heiligen“ Sonntags. Natürlich hat die Regelung, dass am Sonntag nicht gearbeitet, sondern geruht werden soll, einen religiösen Hintergrund, der uns heute nicht mehr binden würde. Trotzdem kommt dieser Regelung in unserer heutigen Welt eine ganz praktische Funktion zu. Wenigstens an einem Tag in der Woche sollten die Menschen die Möglichkeit haben, sich von ihrem anstrengenden und hektischen Alltag erholen zu können. Denn die Statistiken bestätigen immer wieder, dass zu viel Stress die Menschen krank werden lässt. Auch wenn am Sonntag durchaus dann doch noch von zu Hause aus gearbeitet werden kann, ist es doch wichtig, diesen einen Tag vom gewöhnlichen Alltagsstress zu entkoppeln und ihm eine Sonderstellung einzuräumen.

Wenn die Menschen sich nicht irgendeinen Tag in der Woche zum Ruhen aussuchen, sondern dieser Ruhetag für die meisten Menschen auf denselben Tag, eben den Sonntag, fällt, hat das positive Auswirkungen auf die gesamte Gemeinschaft: Nicht nur kann jeder einzelne anderen Aktivitäten nachgehen oder entspannen, da auch die anderen ihren freien Tag haben, kann die Zeit auch mit Familie und Freunden verbracht werden und es bietet sich die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Wer allerdings am Sonntag im Geschäft stehen muss, hätte natürlich keine Zeit zur Erholung und für die Ge-

meinschaft. Vor Kurzem veröffentlichte Statistiken der Europäischen Union haben gezeigt, dass Sonntagsarbeit die unterschiedlichsten Auswirkungen auf die davon Betroffenen hat: von einer erhöhten Krankheitsrate bis zu einer kürzeren Verweildauer bei diesem Arbeitgeber. Hinzu kommt, dass in der Regel Frauen oder Aushilfskräfte die Sonntagsschichten übernehmen müssen. Das ist eine weitere Ungerechtigkeit, die zu den eh schon existierenden Ungleichheiten in der Arbeitswelt noch hinzukommt.

Außerdem darf man nicht vergessen, dass auch für diejenigen, die am Sonntag nicht arbeiten müssen und für die aus der Öffnung der Geschäfte keine direkten Nachteile entstehen, bereits durch die bloße Tatsache, dass die Geschäfte am Sonntag wie auch an jedem anderen Tag für sie geöffnet sind, sich dieser freie Tag auch nicht mehr vollständig von ihrem sonstigen Alltag unterscheidet.

Natürlich bleibt die Welt auch am Sonntag nicht stehen und das Internet ist der beste Beweis dafür. Unsere Gesellschaft hat sich dahin gehend verändert. Frage ist, ob diese Veränderungen für alle gerecht und für unsere Gesellschaft insgesamt sinnvoll sind, und in wie weit und mit welchen Konsequenzen die Veränderungen vermindert werden können und sollen, wenn sie eindeutig schaden.

Im Fall der Ladenöffnungszeiten ist es jedenfalls ganz einfach, eine sinnvolle Regelung aufrechtzuerhalten: Keine Ladenöffnungen am Sonntag und folglich auch keine Sondergenehmigungen. Denn irgendwann muss ja auch mal Schluss sein.

Julia Rothenburg  
und Stefan Ziller,  
Mda



© seifenbläschen

## EINSPRUCH!

### Es war einmal der Sonntag.

Die Kirchen wollen den Sonntag heilig sprechen. Für die Gewerkschaften soll Papi am siebten Wochentag dem Kind gehören und manch einer sieht in diesem Ruhetag sogar die letzte Bastion der heilen Familie. Und was ist mit den kleinen Läden, dem Einzelhandel, der sich gegen die immer mehr aus dem Boden sprießenden Shopping Center beweisen muss?

Bereits 1971 hat Schweden das Ladenschlussgesetz versuchsweise ausgesetzt und die daraus folgenden Veränderungen von einer Kommission untersuchen lassen. Das Ergebnis: Der Konkurs bei Geschäften des täglichen Bedarfs verringerte sich. Zugleich nahm die Anzahl der neu eröffneten großen Warenhäuser ab, die der kleineren „Servicegeschäfte“, besonders der des täglichen Bedarfs, nahm hingegen beträchtlich zu, denn sie konnten ihre Öffnungszeiten an Produkt und Kunde anpassen. Hinzu kam, dass der gleichmäßigere Kundenfluss die kostspieligen Ausrichtungen der Kapazitäten auf Spitzenzeiten nach Feierabend überflüssig machte. Ganz zu schweigen von anderen Effekten, wie der Entzerrung von Verkehrsströmen und Parkräumen. Schwierigkeiten, Personal für den Sonntagsverkauf zu gewinnen, hatten die Läden nicht und die Zahl der Überstunden der Ganztagsbeschäftigten nahm sogar ab.

Die Sache mit dem Ladenschluss hat prinzipiell zwei Seiten. Zum einen ist da der

Kunde und seine spezifische Lebenssituation. Singles, Familien, Angestellte, Selbstständige, sie alle haben unterschiedliche Rhythmen. Betrachtet man sie nur als Verbraucher, so müsste man allen die Möglichkeit geben, selbst entscheiden zu können, wann sie ihr täglich Brot oder eine Jeans kaufen können. Doch da ist noch die zweite Seite. Sie alle sind auch Teil der arbeitenden Bevölkerung, sind selbst Dienstleister, Angestellte oder Ladenbesitzer. Manche mögen familiäre Verpflichtungen haben und manche vielleicht gleichzeitig feste Arbeitszeiten von Montag bis Freitag.

Fakt ist: Unsere Gesellschaft ist heute weitaus weniger homogen als noch vor einigen Jahrzehnten. Rund ein Viertel aller BerlinerInnen leben beispielsweise in Einpersonenhaushalten. Das Dilemma: Sie können ihren Einkauf nicht auf andere Haushaltsmitglieder abwälzen. Das Ideal der christlich verwurzelten Familie, in der Papa von Montag bis Freitag arbeiten geht, Mutti die Erledigungen in der Woche macht, sich um die Kinder kümmert und der Sonntag für den Gang in die Kirche reserviert bleibt, ist so überholt wie die generelle religiöse Heiligsprechung des Sonntags. MitarbeiterInnen in Bahnhofsgeschäften, Pflegekräfte, TankstellenwärtnerInnen und TaxifahrerInnen, BusfahrerInnen, ÄrztInnen und KellnerInnen, sie alle stellen bereits heute sonntags ihre Dienste zur Verfügung.

Einen Strukturwandel, wie er sich in Berlin vollzieht, lässt sich nicht rückgängig machen. Der Single wird auch sonntags arbeiten können, wohingegen die Mutter es bevorzugen wird, das Wochenende mit ihrem Kind zu verbringen. Doch starre Ladenöffnungszeiten helfen niemandem!

Bringen wir die fünfköpfige Familie dazu, sonntags im Zoo die Emus zu streicheln, wenn wir ihnen verbieten, dann Butter und Käse zu kaufen? Wer sagt, dass die Familie nicht den Sonntag gelegentlich auch zum gemeinsamen Einkauf nutzen würde? Gibt

es nicht genügend ledige Studierende, die sonntags arbeiten wollen, weil der Zuschlag ein willkommener Zuverdienst ist?

Soziale Anreize müssen geschaffen werden. Familienmitglieder sollten bevorzugt die Stundenplanung in Firmen gestalten können, damit sie das Wochenende mit der Familie verbringen können. Wir brauchen den Mindestlohn und klar geregelte Arbeitszeiten. Bereits heute sind manche BereitschaftsärztInnen 24 Stunden

ohne Pause auf den Beinen, aber doch nicht, weil sie keinen Ladenschluss haben. Wir können darüber jammern, dass unsere Gesellschaft unter Burn Out und Midlife-Crisis leidet. Dezidierte Richtlinien sind hierbei jedoch weitaus sinnvoller und wirksamer als ein starres Verbot, dass seine Berechtigung im Familien- und Arbeitsverständnis des frühen 20. Jahrhunderts sucht.

Arne Haeger,  
Mitglied der Redaktion

## Lebenslang Hartz IV als Strafe?

In der Volksbühne veranstaltete Attac ein dreitägiges Banktribunal, um nach den Schuldigen der Krise zu suchen. "Eine Finanzkrise ist kein Naturereignis", so der Ansatz.

Strafen konnte die Jury des Tribunals nicht aussprechen, aber wäre es nach den Zwischenrufen des Publikums gegangen, müssten "Lebenslang Hartz IV für Merkel" oder "Alle Bände von Karl Marx lesen" im Tenor stehen. Mit dem Schauprozess wollte Attac "das Gefühl der Ohnmacht nehmen, das apathisch und depressiv macht", und dem System die "Charaktermaske herunterreißen", wie Jutta Sundermann in ihrer Eröffnungsrede sagte. Ein Gefühl, dass nicht zuletzt entstand, da ein "to big to fail" ein "to big to justice" zur Konsequenz zu haben scheint.

Auf der Anklagebank die bekannten Namen: Schröder, der mit dem Finanzmarktförderplan Hedgefonds einlud, Merkel, die verbindliche Absprachen zur Eigenkapitalanforderung und Begrenzung von Hebeln bei Finanztransaktionen torpediert und gemeinsam mit Finanzinstituten Lasten einseitig der Allgemeinheit auferlegt hat, Steinbrück, der am Parlament vorbei Finanzspritzen der IKB zustimmte, Ackermann, der die IKB- und HRE-Rettung mit dem Ziel vorantrieb, als Kreditgläubiger die eigenen Forderungen geltend machen zu können und die Krise für Milliarden Gewinne aus Kreditausfallversicherungen nutzt, sowie Axel Weber, durch dessen Untätigkeit billiges Geld durch die EZB ohne Regulierungsvorschriften ausgegeben wurde, so dass die Gelder mit der Folge neuerlicher Spekulationsblasen in Devisen- und Rohstoffmärkte flossen.

Ambitioniert ist nicht nur die Anklage, sondern auch das Verfahren: In der 12-stündigen Beweisaufnahme gelang dem Tribunal bereits ein verblüffendes Ergebnis: ein Längsschnitt durch die letzten zehn Jahre Finanzmarktpolitik. Egal an welchem Zeitpunkt dieser zehn Jahre angesetzt wurde, das Ergebnis ist: Schritt für Schritt konnten die Deregulierungspropheten kontrollfrei Märkte und Finanztöpfe erfinden, erobern und schützen. Angefangen von Hedgefonds, die regulierungsfrei Vermögensmassen in Unternehmen zirkulieren lassen, über den Zugang zu Rentenkassen - Riestern heißt das niedliche Wort dafür - bis hin zum SoFFin, bei der die Anklage sich fragte, ob Abgeordnete eigentlich zur Selbstausschaltung gewählt werden und ob nicht es nur darum gehe, mit öffentlichen Mitteln möglichst öffentlichkeitsfrei den Roulettetisch weiter anschieben zu können.

Und die Verteidigung? Ebenfalls ambitioniert. Krise sei halt eine Zeit der Exekutive, außerdem lesen Politiker Gesetze und keine Bilanzen. Zur Frage von Reis- und Getreidespekulationen: "Wir sind ja noch dabei, unsere Mandantschaft (gemeint: Weber) zu überzeugen, und was Herrn Ackermann betrifft: Unser Mandant hat sich voll und ganz an die Rechtsordnung gehalten." Daraus wurde für die Mandantin Merkel geschlossen: "Warten wir doch mal ab, nicht gerade bis zur nächsten Krise. Unsere Mandantin tut alles. Wir bitten das kritische Publikum zu erwägen, doch gemeinsam den zukünftigen Weg zu beschreiten." Reaktion: Johlen im Saal!

Ein Urteil überlasse ich dem geneigten Leser. Ein Urteil zur Veranstaltung: Charaktermaske entrissen, Verflechtungen offengelegt! Ulrike Herrmann, Mitglied der Jury, meinte abschließend halb im Scherz: „Es war Anfang April: Nächstes Tribunal zur Griechenlandkrise.“ Recht hatte und hat sie.

Oliver Münchhoff,  
Mitglied der Redaktion

POLITIK IST NICHT NUR SCHEIN



...aber auch. Damit grüne Ideen Wirklichkeit werden können, verdienen sie es, mit Professionalität, Leidenschaft und Engagement den Menschen näher gebracht zu werden.

Gemeinsam haben wir überzeugende Konzepte.  
Für grüne Mehrheiten brauchen wir Deinen finanziellen Beitrag.

Spendenkonto: 640020070 \* BLZ 100 500 00 \* Berliner Sparkasse  
Verwendungszweck: "Mehr als Schein"



www.gruene-berlin.de

## **Mehr Aufklärung tut Not**

### **Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen**

Das Ende totalitärer Strukturen beginnt zumeist damit, dass der Schutz ihrer Heimlichkeit abhanden kommt. Dass die Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern erst heute ans Tageslicht kommen, ist ein untrügliches Zeichen dafür, wie lange diese Kartelle des Schweigens die Macht hatten. Was Jahrzehnte im Verborgenen passierte, kommt nun schlagartig ans Licht. Das Besondere an den Fällen der letzten Monate ist jedoch, dass sie hinter Klostermauern und den Zitadellen linksliberaler Bildungseliten gleichermaßen passierten. Dennoch findet sexueller Missbrauch nach wie vor überwiegend im familiären Nahbereich statt.

Was macht die Bundesregierung? Sie richtet einen runden Tisch als Alibiveranstaltung ein. Sie schützt vor allem die Kirchen, nicht aber die Opfer. Deren Vertretungen wie Tauwetter aus Berlin sind nicht eingeladen.

#### **Die Rolle der Katholischen Kirche**

Seit Beginn der Weimarer Republik haben die Kirchen eine halbstaatliche Rolle als öffentlich-rechtliche Körperschaft. Dieser privilegierte Status hat es Tätern und Vertuschern leicht gemacht, in diesem Schonraum Belastendes gegenüber Schulaufsicht und Strafverfolgungsbehörden zu verschweigen. Hinzu kommt die Verdrängung von Sexualität als gesellschaftliche und persönliche Realität. Das lädt zu Heuchelei ein. Der Fall Mixa zeigt, wie zäh die Strukturen dieser Parallelgesellschaften sind.

#### **Selbstkritische Betrachtungen der Grünen**

Grüne sollten sich nicht in Selbstgerechtigkeit üben. In der Gründungsphase der Partei gab es Versuche einer Einflussnahme. Noch bis 1994 lieferten sich in der Berliner Partei die kleine Minderheit der Anhänger und die große Mehrheit eine Debatte über eine Dekriminalisierung von Pädophilie. Gleichzeitig waren es Grüne, die gerade unter dem Einfluss der Frauenbewegung vor den Folgen sexueller Übergriffe gegenüber Kindern und Jugendlichen gewarnt und parlamentarische Initiativen ergriffen haben. Das geschah zu einer Zeit, als die Täter in kirchlichen Einrichtungen noch heimlich

von einem Internat ins andere versetzt wurden und dort ungehindert ihre Neigungen ausleben konnten.

#### **Stiftung für Betroffene bringt mehr als Ausdehnung der Verjährungsfristen**

Es ist verständlich, wenn eine Verlängerung der Verjährungsfristen verlangt wird. Das schafft aber schwierige Folgeprobleme. Je länger die Tat zurückliegt, umso schwieriger ist die Beweislage. Eine Verlängerung der Verjährungsfristen kann nicht rückwirkend in Kraft gesetzt werden: Den Opfern der 70er und 80er Jahre bringt das nichts. Anders sieht es bei der zivilrechtlichen Verjährung der Ansprüche gegen die Täter aus. Die bestehenden drei Jahre sind in der Tat viel zu kurz.

Wir brauchen dringend einen Entschädigungsfonds des Bundes. Der kümmert sich um die Betroffenen und kann ohne bürokratische Gängelung helfen. Ohne eine solche würdige Entschädigung würden die Betroffenen ein zweites Mal gedemütigt. An dem Fonds sind Kirchen und andere Träger zu beteiligen, in deren Einrichtungen Missbrauch stattgefunden hat. Die Opfer dürfen nicht gezwungen werden, sich mit den Verantwortlichen für ihr Leiden auseinanderzusetzen

#### **Was ist in Berlin zu tun?**

Kinder und Jugendliche gehören in den Mittelpunkt, nicht die Institutionen. Sie müssen lernen, Nein zu sagen. Die Stärkung des Ichs und die Thematisierung von Sexualität und sexuellem Selbstbestimmungsrecht helfen dabei, sich zu wehren und sich einer Vertrauensperson zu öffnen. Das fordert der Antrag des Kreisverbandes Tempelhof-Schöneberg für die Landesdelegiertenkonferenz am 5. Juni 2010.

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss in Schulen durch die Schulaufsicht und in Internaten durch die Jugendämter kontrolliert werden. Daran hat es in der Vergangenheit gehapert. Weiterbildung ist hier Pflicht. Alle Träger von Kinder- und Jugendeinrichtungen müssen bei Missbrauchsfällen mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten.



© suarsa / photocase

*Kinder müssen besser geschützt werden.*

Verurteilte Täter dürfen nicht wieder mit Schutzbefehlen arbeiten.

Bei der Auswahl des Personals mit besonders intensivem Kontakt zu Jugendlichen brauchen wir bessere Bewerbungsverfahren. In den Einrichtungen müssen konkrete und verbindliche Handlungsanweisungen im Falle von Übergriffen und Verdachtsmomenten vorliegen, die allen Beschäftigten bekannt sind.

Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei und Jugendämter sind besser zu sensibilisieren. Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Justizpersonal und für die Angehörigen der Strafverfolgungsbehörden

müssen das Bewusstsein für die Konsequenzen der Verurteilung schärfen. Berlin soll prüfen, Schwerpunktstaatsanwaltschaften einzurichten.

In Berlin sollen die Opfer einen gesetzlichen Anspruch auf flächendeckende Beratung und Hilfe bekommen. Trotz angespannter Haushaltslage muss in der Stadt die finanzielle Situation vieler Beratungsstellen verbessert werden.

*Jürgen Roth,  
KV Tempelhof-Schöneberg*

## Hegel IV

### Oder wieso die Existenz der Arbeitslosen auf einem Denkfehler beruht.

Gestern traf ich Paul. Wir hatten uns lange nicht gesehen. „Auf einen Kaffee“, meinte er und zog mich in ein Café. Minuten später saßen wir nebeneinander und schauten durch die Scheibe auf das Treiben davor. Paul löffelte den Milchschaum. Ich nippte am Espresso. „Und du?“, schaute er mich über den Rand seiner roten Brille an. „Was machst du so?“ „Ach“, meinte ich und setzte mich etwas gerader auf dem Barhocker, „ich bin jetzt bei den Grünen.“ „Nee, echt?“ Paul ließ den Löffel durch den Schaum auf den Grund des hohen Glases sinken. „Bist du ... gewählt?“ „Nein, nein“, lachte ich und rührte mehr Zucker in die Tasse, „ich arbeite für die Grünen.“ Paul schien erleichtert. Er griff wieder nach dem Löffel. „Weißt du, ich wähle immer die Grünen - schon aus Gewohnheit. Obwohl Afghanistan und Hartz IV - das fand ich scheiße. Da habe ich echt gedacht, das mache ich nicht mehr mit. Ich bin dann doch wählen gegangen.“ Paul saß tief gebeugt über seinem Latteglas und nuschte so sehr in den Kaffee hinein, dass ich ihn kaum verstand.

Als hätte er meine Gedanken hören können, schoss sein Kopf plötzlich in die Höhe und er schaute mich an. „Ich bin so ein Hartz-IV-Produkt, weißt du? Ich werde dir jetzt mal sagen, was die Scheiße dabei ist. Das Problem ist nicht das Geld. Wenn Du so willst, ich mache mir nichts aus Essen, Kleidern und so. Lesen tue ich in der Stabi und für den Tabak reicht es. Das Problem ist der Aufwand!“ „Der Aufwand?“, wiederholte ich verwirrt. „Ja, die Zeit, die ich investieren muss, um das Jobcenter bei Laune zu halten. ‚Schreiben Sie zehn Bewerbungen pro Monat.‘ Zehn pro Monat! Als Ägyptologe! Nicht mal als Wachschutz geht das. Oder: ‚Machen Sie die Maßnahme.‘ Wie ich lerne, pünktlich bei der Arbeit zu sein“. In JWD versteht sich.“ Paul war jetzt aufgeregt. Ich war fast auf der anderen Seite meines Barhockers runtergerutscht. „Paul“, versuchte ich ihn zu beruhigen, „das ist doof aber ...“ „Aber ich weiß, wie man das ändern kann“, fiel er mir ins Wort. „Du hast doch Verbindungen“, flüsterte er mir zu. „Jetzt sind doch bald Wahlen in Berlin und ich habe gehört, eure Künast will Bürgermeisterin werden. Ich hätte da eine echt tolle Idee. Das wäre der Knüller! Ihr würdet die Wahl gewinnen, hundert Pro!“ Seine heisere Stimme an meinem Ohr, seine Hand auf meinem Arm. „Hör mir zu“, raunzte er. Ich lächelte der Macht des Faktischen zu. „Ähm, gut, was ist dein Plan?“

„Hegel hatte recht.“ Paul griff dann nach der Zeitung vor uns. Er kramte einen Füller hervor und schrieb etwas auf den Rand. Er drehte die Zeitung zu mir. „Das Bewusstsein bestimmt das Sein“, las er ungeduldig vor. „Das Bewusstsein ist das Entscheidende! Das müsst ihr drucken! Wer bestimmt denn, dass ich arbeitslos bin? Ich arbeite. Ich schreibe die Geschichte der Stadt Memphis. Gut, ich bin ein Intellektueller, daher privilegiert, und weiß meine Zeit sinnvoll zu nutzen. Aber in den Jahren auf dem Jobcenter ...“, Paul sprach jetzt sehr schnell. Ich hatte keine Chance, etwas zu sagen, „... habe ich viele Leute kennengelernt. Nimm Murat, 20 Jahre bei Siemens am Band, Rücken kaputt, Hartz IV. Aber der ist nicht arbeitslos, der hat echt zu tun. Er ist das Oberhaupt einer riesigen Familie, muss Streitigkeiten schlichten, Hochzeiten stiften, Trostworte sprechen und all so etwas. Oder Kalle der Angler. Der schafft den ganzen Tag. Der lädt mich manchmal auf eine Schleie ein.“ Die Erinnerung an die Schleie ließ Paul innehalten. Schnell nutzte ich die Gelegenheit und wandte ein, dass ich noch nicht ganz verstehen würde, wie das den Grünen zum Wahlsieg verhelfen würde. Abwesend schaute Paul mich an. Kurz zweifelte ich, ob er noch wusste, worüber wir gesprochen hatten oder wer ich eigentlich war. Mit fast monotoner Stimme sagte er: „Man muss das einfach regeln. Der Staat gibt dir Geld, du gibst ihm dafür Zeit, aber dann seid ihr quitt. Verstehst du?“ Er fasste mich am Arm. Ich kann es mir nicht leisten, ständig meine Arbeit zu unterbrechen, um irgendso einen Sachbearbeiter in meinem Leben rumwursteln zu lassen. Soll mir recht sein, wenn ich für die Kohle, die sie mir geben, 15 Stunden so



einen öffentlichen Dienst mache. Museumswächter“, er lachte, „böte sich doch an. Aber ich will das geregelt haben. Murat und Kalle auch. Uns steht es bis hier!“ Seine Hand markierte den Wasserstand knapp unter der Nase. „Es gibt keine Arbeitslosen. Das ist nur Konzeption. Ein demütigendes Pappschild, das man uns umhängt. Das ist es. Es gibt doch genug zu tun, für jeden von uns. Die Finanzierung ist auch da. Es ist nur eine Frage der Konzeption! So, sag denen das. Ich habe jetzt echt keine Zeit mehr. Sorry Du, ich muss weiter.“ Ehe ich noch „Tschüss“ sagen konnte, war Paul auch schon draußen verschwunden.

Barbara Fischer

## Das Symptom Hertha

### Anspruch und Wirklichkeit der Sportmetropole Berlin

Das Abschiedsspiel der Hertha am 8. Mai war für die Berliner Fans wie Tonic mit Angostura - doppelt bitter. Erst krönte ihre Mannschaft den Abstieg mit dem neuen Rekord für die wenigsten Heimsiege in einer Saison, nämlich einem. Dann feierte der neue Meister ausgerechnet im Olympiastadion ausgiebig den Titelgewinn. Tragisch für den Verein und seine Anhänger, die sich in der letzten Saison selbst noch ganz dicht am Titel glaubten.

Auf der obersten Etage der populärsten Sportart wird nun in der Hauptstadt das Licht ausgeknipst. Beim letzten Abstieg dauerte es sechs, davor sieben Jahre, bis die Mannschaft wieder ganz oben mitspielen durfte. Es läuft nicht rund, der Abschied vom erstklassigen Fußball kratzt am Selbstverständnis der Sportmetropole.

Aber für Berlin ist es nur konsequent, denn diese Stadt spielt ja auch sonst selten in der ersten Liga. Nun wird der Etat von Hertha BSC um die Hälfte auf etwa 40 Millionen Euro gekürzt. Allein die laufenden Personalkosten sollen von 30 auf 13 Millionen gesenkt werden. Der Trainer ist entlassen, die wichtigsten Spieler stehen vor dem Absprung und zu allem Übel drücken den Verein 35 Millionen Euro Schulden. Klamme Kassen, hohe Verbindlichkeiten, nicht versetzt ins nächste Jahr. Jede Stadt kriegt eben den Klub, den sie verdient. In Berlin wird auch mit Begeisterung Geld ausgegeben, das noch gar nicht verdient wurde - vielleicht nie verdient werden kann. Die Umstände sind bekannt, keine bedeutende Industrie, keine wichtigen Banken. Und von den dreißig DAX-Unternehmen haben genau null hier ihren Sitz.

Diesen Standortnachteil kompensieren die anderen Profi-Mannschaften der Hauptstadt ganz ordentlich. Keine andere Stadt in Deutschland bietet so viel erste Liga. Basketball, Handball, Eishockey, Volleyball: Berliner Teams sind feste Größen in der nationalen Spitze. Sie holen die Erfolge. Alba und die Eisbären gehören daher in jeder neuen Saison zu den Titelfavoriten. Die Füchse haben sich in der Handball-Bundesliga festgebissen und haben den Ehrgeiz, in den nächsten Jahren die Platzhirsche aus Hamburg und Kiel anzugreifen.

Jenseits des Fußballs sind die Erfolgsaussichten größer. Oft reicht, wie bei Alba und den Eisbären, schon ein stark engagierter Partner, um dauerhaft vorne mitzuspielen und Meisterschaften zu gewinnen. Zwar sind die Konkurrenten nicht München oder Stuttgart, sondern Oldenburg, Bremerhaven, Augsburg und Melsungen. Doch in dieser Gesellschaft sitzen die Berliner Vereine immerhin in der ersten Reihe. Kein Wunder, denn die Etats von Alba und den Eisbären liegen an der Spitze ihrer Ligen (je ca. sieben Millionen Euro), die Füchse erreichen mit knapp vier Millionen Euro immerhin noch einen Platz im Mittelfeld der Handball-Bundesliga. Für ein Zehntel des Etats, den ein durchschnittlich erfolgreicher (Ex-)Fußball-Erstligist ausgibt. Und die Zuschauer honorieren den Erfolg: Die Eisbären mit durchschnittlich 13.800 Zuschauern und Alba mit 10.100 verkauften mehr Tickets als ihre jeweiligen Konkurrenten, die Füchse mit 7.600 haben in den letzten Jahren enorm zugelegt.

**Und Hertha? Liegt mit durchschnittlich knapp 47.000 Zuschauern auf Rang sieben der Bundesliga, bei der Stadionauslastung reicht es aber mit 63 Prozent wieder nur für Platz 18.**

Ein Canyon tut sich auf zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Es graut einem vor den leeren Rängen in der zweiten Liga.

Die geographische Fragmentierung der Stadt mit ihren vielen Zentren findet ihr Pendant im Profisport. Es reicht, um auf vielen kleinen Feldern vorne mitzuspielen, aber im Fußball ist diese Stadt keine Metropole. Herthas Versuche, auf höchstem Niveau mitzuhalten sind gescheitert. Damit bleiben uns zunächst auch die Nachfolger von Alex Alves und Marcelinho erspart. Wolle statt Pelz und 10-Euro-Einheitsschnitt statt Udo Walz. Stars kann sich der Klub jetzt nicht mehr leisten, sie müssen sich notgedrungen weiterentwickeln. Nur konsequent, denn auch ein Fußballverein steht mitten



im Leben und in vielen Leben herrscht in diesen Tagen Krise - die Hertha am Puls der Zeit.

Für den Verein ist der Abstieg die Chance, sich abseits von Wunschträumen und großen Versprechungen neu zu erfinden. Wie groß das Potential ist, konnte man im letzten Jahr sehen. Im Frühjahr 2009 spielte die Mannschaft völlig überraschend erfolgreich und gewann viele Sympathien, nicht zuletzt, weil sie die Position des bescheidenen Außenseiters einnahm. Die Teilzeit-Sympathisanten haben die Fahnen aber längst wieder eingeholt.

Wo Geld und Erfolge fehlen, könnten zumindest Erfindungsreichtum und Spontaneität eine Identität schaffen. Die Kreativstadt Berlin verdient einen Verein, der diese Attribute teilt.

Liebe Hertha, arm und erfolglos hast du schon gut hingekriegt. Jetzt noch ein bisschen Kreativität und wir könnten dich richtig lieb haben.

Anmerkung: Es gibt natürlich noch viel mehr tollen Sport in Berlin. Erwähnt werden aus Platzgründen nur die populärsten Erstligisten. Alle Uni-oner mögen mir das verzeihen.

Horst-Uwe Dörfel



© waldmeister / photocase

*Gebt das Hanf frei!*

## ***Gebt das Öko-Hanf frei!***

### **Die grüne Partei GroenLinks in den Niederlanden**

Wenn es nach GroenLinks ginge, so würde Marihuana in den Niederlanden nicht nur völlig legal, sondern zugleich auch ökologisch angebaut werden. Nach den Vorstellungen der Grünen sollen staatliche Lizenzen für Öko-Cannabis-Farmen vergeben werden, die damit zu offiziellen Lieferanten der Haschischkneipen in Amsterdam werden sollen. Noch interessanter: GroenLinks will, dass Discobesucher die Möglichkeit haben, die Qualität ihrer Ecstasyaufputschpillen prüfen zu lassen, damit sie nicht auf betrügerische Verkäufer unsauberer Mischungen hereinfallen.

### ***Entsprechende Forderungen stellte die Partei in ihrem Wahlprogramm 2009 unter dem Kapitel „Recht auf Rausch“.***

GroenLinks ist unverkennbar im linken Spektrum der niederländischen Parteienlandschaft anzusiedeln. Seit ihrer Gründung hat sich die Partei noch an keiner Regierungskoalition beteiligen können, wodurch die Formulierung solch markanter Programmpunkte sicherlich erleichtert wurde.

Die Leitprinzipien der Partei spiegeln die ideologische Herkunft der vier Gründungsgruppen wider. Das Parteienbündnis GroenLinks entstand 1989/90 aus der (destalinisierten) Communistische Partij van Nederland (CPN), der Evangelische Volkspartij (EVP), der Pacifistisch-socialistische Partij (PSP) und der christlich-radikalen Politieke Partij Radicalen (PPR).

GroenLinks beschreibt sich selbst als grün, sozial und tolerant und sieht sich vor allem in der Friedensbewegung fest verankert. Doch war es gerade am Anfang schwierig, ein klares Programm zu verfassen. Zu groß waren die innerparteilichen Unterschiede zwischen den Sozialisten auf der einen und den liberaleren Christen auf der anderen Seite. Erst nach langen Debatten wurde ein Grundsatzprogramm formuliert, das auch unter dem Druck des zweiten Golfkriegs und der Kosovo-Krise sowie an der Beteiligung am Afghanistan-einsatz validiert wurde. GroenLinks will die Rechte der individuellen Freiheit garantieren, das Bewusstsein für ein ökologisches Gleichgewicht fördern, soziale Ge-

rechtigkeit stärken und Ausbeutung auf internationaler Ebene bekämpfen.

Parteivorsitzender ist gegenwärtig Henk Nijhof und Fraktionsvorsitzende ist seit 2002 Femke Halsema, die Nachfolgerin Paul Rosenmöllers. Auf europäischer Ebene ist die Partei fester Bestandteil der grünen Zusammenschlüsse.

Seit der Wahl 2006 ist die Partei mit sieben Abgeordneten im niederländischen Parlament vertreten. Im Europaparlament verfügt sie derzeit über zwei Vertreter. In der Provinz Noord-Holland, einer ihrer Hochburgen, besetzt GroenLinks regionale Staatsämter und bei den Kommunalwahlen 2010 wurde GroenLinks in Nijmegen sogar die stärkste Fraktion. GroenLinks konnte mit der Initiative punkten, Nijmegen als klimafreundlichste Stadt der Niederlande zu etablieren. Auch kamen Investitionen in Windkraftanlagen gut an, sowie der Plan, die Tram in die Stadt zurück holen. Ein besonderer Erfolg war auch die Idee, Senioren kostenlos mit dem Bus fahren zu lassen. Nijmegen gilt heute als eine der fünf lebenswertesten Städte der Niederlande, die Mietpreise sind im fairen Mittel und die Arbeitslosenquote sinkt. Das Ergebnis der vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 2010 lässt sich nur schwer vorhersagen. Ministerpräsident Balkenende (Christdemokrat) bezeichnete eine erneute Koalition mit den Sozialdemokraten als unglaublich und dem Wähler nur schwer vermittelbar. Eine Koalition aus Christdemokraten und den voraussichtlich dann wieder stärker vertretenen liberalen Parteien scheint nach den Erfahrungen der Regierungskrise 2006 auch schwer vorstellbar zu sein. Zum einen ist die Volatilität der Wählerstimmen recht hoch, zum anderen sind zahlreiche Koalitionskonstellationen problematisch. Eine mögliche Variante wäre eine Vierparteienkoalition aus Sozialdemokraten, GroenLinks und den beiden liberalen Parteien. Wie wahrscheinlich dann ein Recht auf Rausch ist, bleibt aber abzuwarten, denn das Wahlergebnis in Nijmegen beweist, dass GroenLinks vor allem mit ihren real umsetzbaren Initiativen und der geschickten Verbindung von ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit punktet.

*Arne Haeger*

## Benedek Javór

**Verwirklichung einer modernen Utopie: Politik kann anders sein!**

Der überwältigende Erfolg der linksökologischen Partei LMP (Lehet más a politika - Politik kann anders sein) war die Überraschung der ungarischen Parlamentswahlen im April 2010. Aus dem Stand erreichte die erst 2009 gegründete Partei 7,5 Prozent der Stimmen und zieht mit 16 Vertretern in das ungarische Parlament ein. Einer von ihnen ist Benedek Javór, 38 Jahre, promovierter Biologe und seit 1998 Dozent der Umweltethik und -philosophie an der Katholischen Universität Péter Pázmány in Budapest. Sein Hauptforschungsgebiet ist die Rolle von Nichtregierungsorganisationen im Umweltschutz. Doch Javór hat sich nicht nur abstrakt mit diesem Thema beschäftigt.

Im Jahr 2000 ereignete sich im rumänischen Baia Mare ein schwerer Giftunfall, 100 Tonnen Zyanid ergossen sich aus einer Golderzaufbereitungsanlage in einen Nebenfluss der ungarischen Theiß. Tagelang schwappte eine Welle mit dem hochgiftigen Schadstoff durch Ungarn und vernichtete auf Jahre das Ökosystem entlang der Theiß. Tausende Fische starben und mit ihnen die Lebensgrundlage der Fischer.

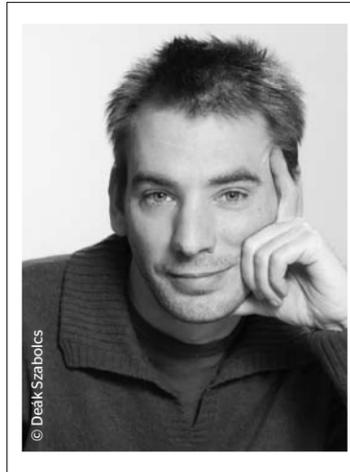
**Nach dieser verheerenden Umweltkatastrophe gründete Benedek Javór noch im selben Jahr mit anderen Mitstreitern die Umweltorganisation Végyegylet (Schutzverein), deren Sprecher er von 2003 bis 2008 war.**

Die Organisation setzt sich für eine bessere und nachhaltige Zukunft in Ungarn ein. Végyegylet entwickelte sich in den folgenden Jahren zum Inbegriff der ungarischen Zivilgesellschaft. Zum ersten Mal erzielte die Organisation mit einer erfolgreichen Kampagne für einen offiziellen Beauftragten (Ombudsmann) des ungarischen Parlaments für die kommenden Generationen landesweite Aufmerksamkeit. Der zweite Coup des Végyegylet war die Nominierung und schließlich die Wahl ihres Sprechers László Sólyom zum ungarischen Staatspräsidenten. An beiden Kampagnen war Benedek Javór maßgeblich beteiligt.

Doch trotz dieser Erfolge mussten Javór und seine Mitstreiter erkennen, dass sie die ungarische Politik

so immer nur punktuell beeinflussen, ihr eigentliches Ziel, eine grundlegende Veränderung der ungarischen Gesellschaft, aber nicht erreichen können. Die junge Generation in Ungarn war schon lange desillusioniert von den demokratischen Institutionen und vor allem vom politischen Personal der etablierten Parteien. Seit 1990 haben sich im Wesentlichen vier Parteien, die sich in zwei polarisierte Blöcke aufspalten, die Macht im Parlament und in den Regierungen aufgeteilt. Dabei schien nicht das Gemeinwohl im Mittelpunkt ihres Strebens zu stehen, sondern vielmehr die Vergrößerung der eigenen Macht. Die Arbeit mit Végyegylet hat Benedek Javór Mut gemacht, dass Politik auch anders funktionieren kann. Der Blick in westliche Gesellschaften - Javór verbrachte 1998 und 2007 einige Zeit mit Studium und Forschung in Brüssel und Paris - zeigte mit den Erfolgen grüner Parteien Alternativen auf. So entstand 2008 der Plan eine eigene Partei mit linksökologischem Programm zu gründen. Man wollte beweisen, dass Politik tatsächlich anders sein kann. Dieses Programm wurde schließlich auch namensgebend für die neue Partei: „Lehet más a politika - Politik kann anders sein.“ Innerhalb kurzer Zeit fanden sich immer mehr Unterstützer für diese Idee, verteilt über ganz Ungarn, angetrieben von dem Wunsch, die politische Realität in Ungarn zu verändern. Junge Menschen, die von der Politik der letzten zwanzig Jahren enttäuscht waren, die für Werte wie Nachhaltigkeit, Solidarität, Toleranz, Transparenz, Gerechtigkeit und Teilhabe kämpfen wollten.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen und geringer finanzieller Ressourcen erreichte die Partei so



Benedek Javór



Scheiring Gábor | Javór Benedek [szerk.]

Oikosz  
és Polisz  
Zöld politikai filozófiai szöveggyűjtemény

schon wenige Monate nach der Gründung im Februar 2009 bei den Europawahlen ein Achtungsergebnis von 2,6 Prozent. Die hohen Hürden der Zulassung zur Parlamentswahl 2010 überwand die LMP dank dem unermüdlichen Einsatz vieler freiwilliger WahlkämpferInnen in den Monaten zuvor, in denen sie den ungarischen Bürgerinnen und Bürgern ihre Vorstellungen von Politik näher brachten. Diese Vorstellungen klangen utopisch und unrealistisch, doch sie trafen die Wünsche vieler Ungarn, die genauso enttäuscht waren von dem etablierten politischen System. Kurz vor der Wahl schien das Unmögliche möglich werden zu können, der Einzug ins Parlament war denkbar. Am Ende waren es phänomenale 7,5 Prozent. Nun ist die LMP mit 16 Abgeordneten im ungarischen Parlament vertreten - unter ihnen Benedek Javór. Die politische Landschaft in Ungarn hat die Partei schon jetzt verändert. Auch wenn das Ziel noch nicht erreicht ist, es ist ein gutes Stück näher gekommen!

Weitere Informationen zur LMP:  
<http://lehetmas.hu/english>

Broschüre der Kampagne

Jochen Aulbach

## Bewegung in Berlin

### Eine neue Protestkultur?

Am 1. Mai 2010 um 17:45 Uhr fuhr eine Regionalbahn etwa 600 frustrierte NPD-Mitglieder und andere FaschistInnen aus Berlin nach Potsdam. Zuvor hatten 10.000 BerlinerInnen in friedlichen Blockaden einen groß angekündigten Neonaziaufmarsch verhindert. Darunter waren BürgerInnen, AntifaschistInnen, die Jugendorganisationen von Parteien und Gewerkschaften und PolitikerInnen der Grünen, der Linken und der SPD. Kein Wunder, dass die Rechten da schlechte Laune hatten: etwa 250 von ihnen saßen zeitweise in der Gefangenensammelstelle, unter anderem der ehemalige NPD-Landesvorsitzende Jörg Hähnel, während die friedlichen BlockiererInnen jede Eskalation auf ihrer Seite zu verhindern wussten und ihren Erfolg anschließend auf verschiedenen Straßenfesten feiern konnten.

*War diese Blockadeaktion ein einmaliges, eher zufälliges Ereignis oder hat der Erfolg System?*

Warum gelingt es wieder, so viele unterschiedliche Menschen für ein gemeinsames Ziel auf die Straße zu bringen, und was verrät das über die momentane Protestkultur in Deutschland? Obwohl wir diese Fragen sicherlich nicht abschließend klären können, möchten wir versuchen eine Antwort auf sie zu finden.

**„Wenn Nazis marschieren, werden wir blockieren.“**

Der Blockade in Berlin kam natürlich das meist strahlende Wetter zugute, in erster Linie ist der Erfolg jedoch dem Konzept Friedliche Massenblockade aus Dresden zu verdanken. Dort konnten bereits im Februar Menschen aus ganz Deutschland verhindern, was sonst zum größten Neonaziaufmarsch in Europa geworden wäre. Das Konzept ist einfach: Das Blockadebündnis setzt sich aus einem breiten Spektrum aus antifaschistischen Organisationen und Parteien zusammen, die trotz aller politischen Unterschiede gemeinsam gegen die Neonazis vorgehen wollen. In einem Aktionskonsens einigen sie sich auf Solidarität untereinander sowie auf die Verhinderung von Eskalation, sodass nicht

nur die Aktionsorientierten angesprochen werden. Auch der Erfolg in Dresden hatte sicherlich einen mobilisierenden Effekt in Berlin, denn das Gefühl tatsächlich etwas erreichen zu können, bringt noch einmal viel mehr Leute auf die Straße, auch wenn das bedeutet, früh aufstehen zu müssen.

### Mit Kettenreaktionen gegen Schwarz-Gelb

Aber es kann nicht davon die Rede sein, dass nur das antifaschistische Engagement einen Aufschwung erlebt. Allein im letzten Jahr demonstrierten 20.000 Menschen in Berlin für den Datenschutz und gegen die Vorratsdatenspeicherung und mehr als 50.000 Menschen gegen die Atomkraft. Eine Woche vor dem 1. Mai dieses Jahres reisten 120.000 DemonstrantInnen aus ganz Deutschland zu einer Menschenkette gegen Atomkraft, allein Berlin war mit ca. 30 Bussen vertreten. Selbst das breite Spektrum der Organisation hatte mit einem solchen Erfolg vermutlich nicht gerechnet. Natürlich hat das gemütliche Beieinanderstehen und Händehalten seinen Reiz, aber dafür mehrere Stunden durch Deutschland zu fahren und einen schönen Samstag zu opfern, deutet auf mehr hin. Auch die zugegebenermaßen sehr gut organisierten Abschlussveranstaltungen mit politischen Reden und Musik werden nicht die Massen angelockt haben. Dass sich also zigtausend, großteils umweltbewusste BürgerInnen an dieser Menschenkette beteiligt haben, spricht für ihre enorme Motivation und eine große Anziehungskraft der Aktion. Woher kommt diese Motivation?

### Widerstand mit System

Auch wenn der Schock einer schwarz-gelben Bundesregierung noch tief in den Knochen sitzt, scheint genau diese die Menschen zu mobilisieren, und neuer Protest kommt in Bewegung. Die Themen sind zu großen Teilen die gleichen wie schon vor 30 Jahren, doch die Protestformen werden vielfältiger und dadurch spannender. Eine Radikalität in der Politik führt zu Entschlossenheit der DemonstrantInnen gegen dieselbe, unterstützt durch bessere und professionelle Absprachen der Zielgruppen. Dieses Erfolgsrezept kann mit ein



Bornholmerstraße am Vormittag

bisschen Durchhaltevermögen dazu führen, dass bald nicht allein ein verhindertes Neonaziaufmarsch als Erfolg zu verzeichnen ist, sondern sich auch die Bundesregierung dem Druck der Massen beugt.

### Wo sind die sozialen Unruhen?

Doch scheinbar können nicht alle von der momentanen Welle profitieren. Trotz der Wirtschaftskrise sinken die Zahlen der TeilnehmerInnen bei DGB-Demonstrationen am 1. Mai, in diesem Jahr sprechen die Quellen von einigen tausend Menschen in Berlin. Auch wenn die Blockaden des Neonaziaufmarsches viele Kräfte in Anspruch genommen haben, ist der Abwärtstrend, seitdem die großen Proteste gegen Hartz-Reformen mehr oder weniger ein Ende gefunden haben, nicht zu übersehen. Zum einen haben offenbar besonders junge Leute die Anbindung zu Gewerkschaften verloren. Die Beteiligung an der Demonstration zum Tag der Arbeit spiegelt damit eigentlich nur die grundsätzlichen Probleme wider. Auch wenn die Ziele immer notwendiger und dringender werden, das diesjährige DGB-Motto „Wir gehen vor! Gute Arbeit - Gerechte Löhne -

Starker Sozialstaat“ die Probleme auf den Punkt bringt, braucht es offensichtlich einen konkreteren Anlass, der die Massen mobilisiert, oder eben eine Erneuerung der Aktionsformen, die aus dem statischen Konzept der frühmorgendlichen Demonstration heraus kommen.

**„Den Castor stoppen, bevor er losfährt.“**

Eine nächste größere Prüfung erfährt die Bewegung, wenn im Herbst die Castor-Transporte rollen. Wie viele Menschen fahren ins Wendland? Welche Protestformen werden eingesetzt? Wird „nur“ demonstriert oder lassen sich auch wieder mehr Menschen auf Blockaden und andere kreative Aktionen ein?

Egal ob der Protest momentan wirklich vielfältiger wird oder nur die zeitliche Perspektive falsch gewählt ist, eines ist sicher: Die Politik treibt so viele Menschen wie schon lange nicht mehr auf die Straße und dadurch lassen sich starke Signale senden.

*Meike Berg und Achim Feistenauer  
Grüne Jugend Berlin*



## Vom Rationalen befreite Zone

Ihr Lieben,

natürlich dachte ich beim Leitthema Vielfalt an eine modernkommunikative Abkürzung für viele Falten, denen mit ANTIFALTencreme zu begegnen ist. Ich werde ja auch nicht jünger.

Leider musste ich jedoch feststellen, dass meine Redaktion sich weiterhin nicht mit den wirklich wichtigen Dingen der Welt beschäftigt, sondern von einer kulturell-sexuell-ökologisch-politisch-ethnischen Vielfalt sprechen möchte, also von Menschen, die anders sein wollen als ich. Offensichtlich kann da was nicht stimmen und irgendwie konnte mir den Sinn des Ganzen auch niemand wirklich erklären. Bis ich auf unsere Freunde von CDU und FDP traf, die mit masochistischer Verve für eine wahre, vielfältige, freidenkende Gesellschaft kämpfen.

Nehmen wir zum Beispiel Andreas Grahm, den Sprecher für Verfassungsschutz der Berliner CDU-Fraktion. Der hat Wolfgang Thierse für sein Mitblockieren der Neonazidemo am 1. Mai scharf gescholten, denn Thierse hätte doch besser eine Rede im Bundestag halten sollen, weil Parlamentarier nun mal im Parlament und nicht auf der Straße kämpfen.

Jawohl. Vermutlich hätten die Hochglanzglätzen nach Thierse's Rede über dessen Worte sinniert, dem alten Mann zugestimmt, mit weicher Stimme „Heil Thierse!“ gerufen und anschließend, statt mit der Reichsbahn nach Hause zu fahren, Berliner Asylheime renoviert. So aber gibt es keine Entschuldigung dafür, wenn gewählte Vertreter des deutschen Volkes es wa-

gen, ihren Abgeordnetenstatus dazu zu missbrauchen, sich einer demokratisch gebilligten Demonstration deutscher Brauhemden entgegenzusetzen.

Unterstützung erhält Grahm von Björn Jotzo, dem sympathischen Geschäftsführer der FDP-Fraktion. Der konnte zwar mit derart konstruktiven Vorschlägen leider nicht aufwarten, hatte aber weise erkannt, dass die Blockierer, allen voran die Grünen darunter, auf einem freiheitsfeindlichen „Weg der Meinungsdiktatur“ sind. Für ihn, den Kämpfer für Freiheit und Steuersenkungen, steht fest: „Freiheit ist auch die Freiheit des Andersdenkenden.“

Noch mal Jawohl, diesmal mit Tusch. Wo kommen wir denn da hin, wenn nicht einmal Neonazis marschieren dürfen, um ihre Meinung kundzutun? Wer sich den Braunen in den Weg stellt, weiß Jotzo, „der sollte gegebenenfalls prüfen, ob er nicht auf der anderen Demo hätte mitmarschieren müssen“ (Dabei hat der Thierse doch gegessen, Linke laufen nicht so gerne...).

Recht hat er. Widerstand gegen den Faschismus gehört verboten, sonst schwups, Haare ab und auf die andere Seite mit dir. Deswegen sollte man die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Archiv der Feinde Deutscher Vielfalt umbenennen und die Meinungsdiktatoren (und erst die -innen) wie Sophie Scholl postum verurteilen. Wie? Die durfte das, weil sie ja schon in einer Diktatur war, aber Thierse nicht, weil der in einer Demokratie ist? Nichts da, wer dumm ist, muss auch konsequent sein. Und wenn wir gerade dabei sind, packen wir gleich noch die anderen Blockierer mit dazu, Gandhi und Mandela und Martin Luther King und wie sie alle heißen. Ordnung muss sein.

In diesem Sinne: Danke, liebe Freunde von CDU und FDP, für euren Kampf für die vielfältige Freiheit.

Und willkommen in der vom Rationalen befreiten Zone.

*Holger Michel*



## Termine

**MI 2. Juni 2010, 19:30 Uhr**  
Homosexualität und Fußball - ein Tabu fällt?!  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
**Abgeordnetenhaus von Berlin**

**SA 5. Juni 2010, 12:00 Uhr**  
Landesdelegiertenkonferenz  
Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
**Umweltforum Jerusalemkirche, Lindenstraße 85**

**MI 7. Juni 2010, 14 Uhr**  
Aktendeckel auf! Politische und juristische Aufarbeitung der Finanzmarktkrise  
Fachgespräch der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen  
**Paul-Löbe-Haus, Berlin**  
Anmeldung:  
ak1@gruene-bundestag.de

**FR 11. Juni 2010, 14 Uhr**  
Personalstrukturen an den Hochschulen  
Fachgespräch der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen  
**Paul-Löbe-Haus, Berlin**  
Anmeldung:  
ak5@gruene-bundestag.de

**SO 13. Juni 2010**  
Historische Schiffsrundfahrten der Berliner Geschichtswerkstatt  
**11-14 Uhr Ost-Berlin, West-Berlin – und die Stasi**  
**15-18 Uhr Ökotec und Klimaschreck - Klimatour Historischer Hafen, Nähe Märkisches Museum, Berlin**

**FR 18. Juni 2010 16 Uhr bis Sa, 19. Juni 2010 16 Uhr**  
Auf dem Weg zur grünen kommunalen Mehrheitspartei?  
Zweiter kommunalpolitischer Bundeskongress der Heinrich Böll Stiftung  
Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

**SA 19. Juni 2010, 13 Uhr**  
CSD Berlin  
Joachimsthaler Straße / Kurfürstendamm - Brandenburger Tor

**SA 19. Juni, 10:00 - 16:00**  
Kongress "5 Jahre Hartz IV"  
Heilig-Kreuz-Kirche  
**Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz**

**MO 21. Juni 2010**  
Fête de la Musique

**SA 26. Juni 2010**  
BerlinWerkstadt Wirtschaft Bündnis 90/Die Grünen Berlin

**MO 28. Juni 2010, 10 Uhr**  
Gemeinsam geht's besser! - Wege zur Inklusiven Schule  
Fachgespräch der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen  
**Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin**  
Anmeldung:  
ak5@gruene-bundestag.de

**SA 3. Juli 2010**  
BerlinWerkstadt Jugend/ Schule Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Impressum: Stachlige Argumente 32. Jahrgang Heft 2/2010 Nr. 178 • Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin  
Redaktion (V.i.S.d.P.): Christine Dörner, Katrin Langenbein, Ronald Wenke

Freie MitarbeiterInnen: Djuke Nickelsen, Holger Michel, Oliver Münchhoff, André Stephan, Nicole Holtz, Amaro Piñas Müller, Arne Haeger  
Chef vom Dienst: Ronald Wenke • Freie Mitarbeit ist jederzeit möglich, bitte einfach zu den Redaktionssitzungen kommen (i.d.R. Montags, 18.30 Uhr)  
e-mail: stachlige.argumente@gruene-berlin.de • Redaktionsanschrift: Kommandantenstrasse 80, 10117 Berlin • fon: 615 005 0 (Zentrale)  
Wir bitten, die Beiträge per e-mail an uns zu senden • Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 2. August 2010

Satz/Layout: Stephanie Heising • Druck: Oktoberdruck

Bezug: Die Stachligen Argumente erscheinen viermal jährlich. Der Preis ist für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder Einzelpreis 2,10 Euro  
Postgironkonto Berlin Nr. 524 66 - 103, BLZ 100 100 00 • Gedruckt auf 100% Recyclingpapier



# 19.06.2010 - CSD BERLIN

## START: 13UHR KURFÜRSTENDAMM

**GESCHLECHTLICHE VIELFALT  
ANERKENNEN!**

**STOPPT DIE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AN TRANS\* UND INTERSEXUELLEN!**

Ohne **Grün**  
**Jaand** ist ja!

